



gegen streikende Arbeiter stimmten, ist demgegenüber weniger verwunderlich.

Dagegen ist der liberale Unfall in der Wehrfrage nicht von so großer Bedeutung. Denn im wesentlichen unterschied sich die Wehrvorlage des Ministeriums Sammar-Isjöld kaum von den Vorschlägen der Landesverteidigungskommission, soweit diese bei der Ausschaffung des Ministeriums Staaff durch den König vorlagen. Was Staaff in seiner auch im „Vorwärts“ seinerzeit gewürdigten Karlskronrede im Dezember vorigen Jahres als Grundzüge der kommenden liberalen Wehrvorlage in Aussicht gestellt hatte, war in allem wesentlichen auch in der Vorlage der Regierung des Königs enthalten. Die eigentliche Differenz bildeten einige Wochen längere Übungszeit, ob 10<sup>1/2</sup> oder 12 Monate. Eine prinzipielle Differenz konstruierte man, damit der Froschmäulerkrieg fröhlich beginnen konnte, durch Aufwerfung der Frage, ob zusammenhängende Rekrutenschule mit Beginn im Herbst oder ob die liberale sogenannte „geteilte Linie“ mit Rekrutenschule im Sommer und späteren Winterübungen vorteilhafter sei. Schließlich stimmten die Liberalen in ihrer Mehrheit für die konservative Vorlage, die in wesentlichen Teilen ja ihre eigene war.

Durch die Wahl Niederlage der Liberalen ist nun die viel wichtigere Frage der parlamentarischen Regierungsform ins Stocken geraten. Staaff war seinerzeit nicht über die Wehrfrage gestolpert, sondern über eine eminent wichtige Verfassungsfrage, ob nämlich der König durch persönliches öffentliches Auftreten die Regierung festlegen darf in Fragen, die noch gar nicht im Staatsrat entschieden sind. Diese Frage zur Entscheidung zu bringen, war eine Aufgabe, der Staaff sich unterziehen wollte, sobald die Neuwahlen ihm einen genügenden Resonanzboden gegeben haben würden.

Dieser ist für die Liberalen ausgeblieben. Denn sie sind als die kleinste Partei der Zweiten Kammer zurückgekehrt und können als Verteidiger der parlamentarischen Regierungsform unter diesen Umständen die Regierung nicht übernehmen. Zudem ist ihre Stellung als Jüngling an der Wage bei den parlamentarischen Abstimmungen ihnen sicherlich viel angenehmer, als die Verantwortung und Sorgen der Regierung.

Nach den Regeln des bürgerlichen Parlamentarismus müßte jetzt die Sozialdemokratie als stärkste Fraktion die Kabinettsbildung übernehmen. Für die Dauer des Krieges kommt das nicht in Frage, weil alle Parteien darin einig sind, daß eine Regierungskrise jetzt unzumutbar wäre. Aber nachher wird die Lösung dieser Frage unvermeidlich. Denn sonst würde trotz einer Mehrheit der Linken im Reichstage eine konservative Regierung die Geschäfte des Landes leiten und der König seinen Willen durchgesetzt haben.

Das Abwarten von Neuwahlen hätte keinen Sinn, denn das Proportionalwahlrecht, wie es Herr Arvid Lindman für Schweden erlenen hat, erweist sich durchaus als ein konstituierendes Element. Größere Verschiebungen zwischen rechts und links bringt es nicht mehr, seitdem die erste Wahl unter dem neuen Wahlrecht den politischen Status der Wähler festgelegt hat. Das einzige, das zu erwarten wäre, ist eine Rechtswendung der Liberalen, so daß die Linke eben nur noch aus den Sozialdemokraten bestehen würde. Damit hätte die Kammer den Willen zum Parlamentarismus aufgegeben, es bliebe dann bei der Konstitution, wie sie der König versteht: Die Kammer absolut, wenn sie meinen Willen tut.

Das kann aber nicht das Ziel der Linken sein, am allerwenigsten das der Sozialdemokratie. Allein auch sie hat, obgleich sie die stärkste Partei in der Zweiten Kammer ist, keine Mehrheit weder in dieser Kammer noch in den gemeinsamen Abstimmungen beider Kammern. Sie könnte also nur mit den Liberalen gemeinsam eine Mehrheit bilden.

Mit dieser Situation hat sich der Parteivorstand in seiner Sitzung im Oktober beschäftigt. Er ist zu dem Entschluß gekommen, Verhandlungen mit den Liberalen einzuleiten, um festzustellen, ob die Möglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens vorhanden ist. Dieser Beschluß wird dem am 23. November zusammentretenden Parteitag zur endgültigen Entscheidung unterbreitet werden.

Voraussetzung eines gemeinsamen Vorgehens, bei dem die Sozialdemokratie die Verantwortung für die Kabinettsbildung mit übernehmen würde, ist die Einigung mit den Liberalen über ein ganz bestimmtes Aktionsprogramm für die Zeit bis zu den nächsten Neuwahlen. Auf dieses Programm müßten sich beide Parteien verpflichten. An bedeutenden Fragen fehlt es nicht, die der Lösung harren. Die Verfassungsfrage ist eine der wichtigsten, vor allem die Reform des Kommunalwahlrechts, das heute dem einzelnen Wähler je nach der Steuerleistung 1 bis 40 Stimmen gibt. Die Zusammenfassung der Ersten Kammer des Reichstages ist vom Ausfall dieser Wahlen abhängig. Daher die konservative Mehrheit in dieser Kammer. Sodann sind sozialpolitische Probleme zu lösen: die Krankenversicherung, Unfallversicherung und Arbeitslosenversicherung. Auch die Steuer- und Handelspolitik, die Finanzierung der Landesverteidigung usw., werden auf der Tagesordnung stehen.

Die Sozialdemokratie kann also für die Verhandlungen den Liberalen eine Reihe wichtiger Forderungen präsentieren, die nämlich auch auf dem liberalen Programm stehen. Die Liberalen werden dadurch gezwungen, sofort Farbe zu bekennen, ob sie eine Politik der Linken ihrem Programm gemäß betreiben oder ob sie nach rechts Anschluß suchen wollen.

Nachher kommt es natürlich auf die Ausführung an. Auch ein gescheiter Beschluß kann schlecht ausgeführt werden und anstatt der Partei zu nutzen, sie schädigen. Da muß man natürlich wünschen, daß das aufzustellende Aktionsprogramm nicht den Liberalen zuliebe die sozialdemokratische Färbung vermissen läßt.

Die Aufnahme des Beschlusses in der Partei ist selbstverständlich nicht einheitlich. Soweit wir Gelegenheit hatten, die Parteipresse zu verfolgen, hat die überwältigende Mehrzahl der Parteiblätter ihn gutgeheißen. Es fehlt aber auch nicht an Opposition. Von jenen sozialistischen Seite wird jegliche Teilnahme an der Regierung prinzipiell abgelehnt. Erst nachdem eine sozialdemokratische Mehrheit erreicht sein wird, will sich diese Richtung auf eine solche Politik einlassen. Jedenfalls hat der Beschluß der Parteileitung den Vorzug, daß er die politische Lage sofort klarstellen wird. Er bedeutet für die Liberalen: Hic Rhodus, hic salta!

## Vom österreichisch-serbischen Kriegsschauplatz.

### Zurückwerfung der serbischen Hauptstreitmacht.

Wien, 9. November. (W. Z. V.) Vom südlichen Kriegsschauplatz wird amtlich gemeldet: 9. November. Unsere Operationen auf dem südlichen Kriegsschauplatz nehmen einen durchweg günstigen Verlauf. Während jedoch unsere Vorrückung über die Linie Sabac—Vjesnica an den stark verschanzten Bergflüssen auf zähesten Widerstand stieß, haben die dreitägigen Kämpfe in der Linie Voznica—Krupanj—Zjubovija bereits mit einem durchgreifenden Erfolge geendet. — Der hier befindliche Gegner bestand aus der serbischen 3. Armee, General Paul Stum, und der 1. Armee, General Petar Bojevic, mit zusammen sechs Divisionen, 120 000 Mann. Diese beiden Armeen befinden sich nach dem Verlust ihrer tapfer verteidigten Stellungen seit gestern im Rückzuge gegen Valjevo. Unsere siegreichen Korps erreichten gestern Abend die Voznica östlich dominierenden Höhen und den Hauptflüssen der Sokolska Planin Planina, südöstlich Krupanj. Zahlreiche Gefangene und erbeutetes Kriegsmaterial. Details fehlen.

### Der österreichisch-serbische Feldzug.

Budapest, 9. November. (Z. U.) Unsere in Serbien operierenden Armeen beabsichtigen noch vor Eintritt des Winters einen entscheidenden Schlag gegen die Serben zu führen. Hierfür gibt es ein vom Feldzeugmeister Vojkovic an die ihm unterstellten Truppen gerichteter Tagesbefehl Kenntnis, in dem die Truppen aufgefordert werden, die letzte Kraft des Feindes zu brechen und den Feldzug noch vor Eintritt des Winters zu beendigen.

## Der Krieg und die Kolonien.

### Zum Fall von Tsingtau.

Zürich, 8. November. (W. Z. V.) Zur Neuter-Meldung vom Fall von Tsingtau bemerkt die „Neue Züricher Zeitung“ vom 8. d. Mts.: Eine gleichlautende Meldung aus Petersburg bestätigt den Fall der tapferen Festung. Damit erfüllt sich das Schicksal der kleinen deutschen Heldenschar, die genau drei Monate lang das Bollwerk Deutschlands im fernen Osten gegen den übermächtigen Ansturm Japans mit bereitigender Hand zu halten vermochte. Lakonisch war das Telegramm, in dem der Kommandant seine Pflicht zu tun versprach, ohne Phrase. Ohne begleitenden Zeitungsbüchtyrambus spielte sich diese Episode des großen Krieges ab, der Weltweit ein leuchtendes Beispiel, wessen deutsche Treue und Tüchtigkeit fähig ist.

### Enorme Verluste.

London, 9. November. (Z. U.) Die „Central News“ bringen noch einige Einzelheiten über den Fall von Tsingtau. Der englisch-japanische Angriff begann am Donnerstag und wurde bis zum Freitagabend ununterbrochen fortgesetzt. Die Verbündeten hatten enorme Verluste. Am Samstagmorgen 1 Uhr 40 Minuten setzte der Hauptangriff der Infanterie mit Pionieren unter Führung des Generals Hosimi Yamada ein. Gleichzeitig überschütteten schwere Belagerungsgeschütze das Fort Jitis, den Schlüssel der deutschen Stellung. Unter dem furchtbaren Geschosregen brach schließlich der hartnäckige Widerstand des deutschen Forts zusammen, das die Japaner, wie gemeldet, 6 Uhr 10 Minuten morgens stürmten. Gleichzeitig wurde auf dem linken Flügel ein Sturmangriff ungeheurer Waffen Infanterie, unterstützt von Artillerie, angelegt, und ein dort liegendes Fort genommen. Die deutschen Verteidiger fügten den Angreifern ungeheure Verluste zu, bis die weitere Verteidigung in den zu Trümmerhaufen zusammengeschossenen Stellungen unmöglich war. Um 7 Uhr morgens ergaben sich dann die Verteidiger des Observatoriumberges. Der Sturm kostete den Verbündeten mehr als die ganze Besatzung Tsingtaus betragen hat.

## Der türkische Krieg.

### Türkischer Sieg im Kaukasus.

Nichtamtlich. Konstantinopel, 8. November. (W. Z. V.) Zweiter amtlicher Bericht aus dem Großen Hauptquartier. In dem Kampfe, der seit zwei Tagen an der kaukasischen Grenze andauerte, ist die russische Armee vollkommen geschlagen worden. Unsere Armee hält die russischen Stellungen besetzt. Einzelheiten werden später bekanntgegeben werden.

Konstantinopel, 8. November. (W. Z. V.) Ein weiterer Bericht des türkischen Großen Hauptquartiers über den türkischen Sieg an der kaukasischen Grenze besagt: Während unsere Kavallerie über Kaghisman gegen den Feind vorrückte, griff das Gros unserer Armee das russische Zentrum an, das stark war. Nach einem heftigen zweitägigen Kampf wurde der Feind geschlagen. Unser Heer besetzte die vom Feinde verlorenen Stellungen.

## Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz.

### Zur Erhebung in Südafrika.

Der Haager „Nieuwe Courant“ veröffentlicht eine interessante Korrespondenz aus Pretoria vom 14. Oktober, also zwei Tage nach der Ausrufung der Regierung über den Maritzburg Aufstand. Der Briefschreiber erzählt: Die Regierung hatte 2000 Freiwillige verlangt, um unter Vorhans Befehl nach Deutsch-Südwest zu ziehen. Von Pretoria wollte man 400 haben, doch hat der Bürgermeister dieser Tage auf einer Versammlung mitgeteilt, daß sich nur 79 gemeldet hätten. Nach dem Ausbruch des Aufstandes ist selbst, wenn die Zahl voll werden sollte, die Verwendung jenseits der Grenze schwierig möglich. In den Außendistrikten ist auch nicht viel Begeisterung für einen Krieg gegen die Deutschen, offenbar ist der südafrikanische Krieg noch nicht vergessen. Bisher hat sich das Kriegsunternehmen sehr übel entwickelt. Erst ein großes Eisenbahnunglück, dann die Abdankung Beyers und am selben Tag die Erschießung Delareys. Dann die Gefangennahme von zwei Ab-

teilungen der Unionstruppen unter General Lulin, dann die Erhebung von Maritz. . . Es heißt, daß Vorhans England um Soldaten ersucht hat, aber England kann seine Soldaten selbst brauchen.

### Gefechte mit den Aufständischen.

Pretoria, 9. November. (W. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureau. Die Regierungstruppen überführten den Baalkfluß, verfolgten die Aufständischen und nahmen 850 von ihnen gefangen. Im Freistaat besetzten die Aufständischen neuerdings Harry Smith. Sie entfalteten in mehreren anderen Distrikten ihre Tätigkeit.

Oberst Meny meldet, daß er nach dem Gefecht von Bronckhorstapruut die vom General Müller befehligten Aufständischen verfolgte und sie am Samstag überraschte. Drei von ihnen wurden getötet, sechs verwundet und vier gefangen genommen.

## Die deutschen „Vergeltungsmaßnahmen“.

Von einem Teil der bürgerlichen Presse wird verlangt, die Regierung solle gegen die in Deutschland befindlichen Russen und Franzosen in der gleichen Weise wie gegen die Engländer vorgehen. Darauf antwortet nun die „Nordd. Allg. Ztg.“ in ihrer Ausgabe vom Montagabend:

„In der Öffentlichkeit wird mit wachsendem Nachdruck die Forderung aufgestellt, daß im Hinblick auf die Maßnahmen, mit denen unsere Feinde gegen deutsche wirtschaftliche Interessen sowie gegen die Person der in ihren Ländern lebenden Reichsangehörigen vorgehen, energische Retorsionsmaßnahmen ergriffen werden. Solche Maßnahmen hat die Reichsleitung längst getroffen und wird sie nach dem völkerrechtlichen Grundsatz „Auge um Auge, Zahn um Zahn“ auch weiter treffen. Dabei steht sie allerdings auf dem Standpunkt, daß Retorsionsmaßnahmen erst nach einwandfreier Feststellung der Maßnahmen unserer Gegner angeordnet werden können, auch nicht über den Rahmen dieser Maßnahmen hinausgehen dürfen. Ein Abweichen von diesem Standpunkt ließe sich schon an sich nicht rechtfertigen, würde aber außerdem zur Folge haben, daß die Kriegführenden sich andauernd in Maßnahmen gegen die Person und das Gut feindlicher Staatsangehöriger überbieten und dadurch unerträgliche und mit den Geboten der Menschlichkeit unvereinbare Zustände auch für unsere zahlreichen Angehörigen im feindlichen Ausland schaffen.“

Es werden dann zunächst die von der deutschen Regierung getroffenen Vergeltungsmaßnahmen wegen Verletzung deutscher wirtschaftlicher Interessen aufgeführt, wie Zahlungsverbot an das feindliche Ausland, Geschäftsaufsicht für in Deutschland befindliche ausländische Unternehmungen usw. Ueber die russischen Maßnahmen konnte noch nichts festgestellt werden; sollten sich gewisse private Meldungen hier bewahrheiten, würden auch ihnen gegenüber entsprechende Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

Darauf wendet sich die Veröffentlichung den „Retorsionsmaßnahmen wegen völkerrechtswidriger Behandlung von Deutschen im feindlichen Ausland“ zu. Hier heißt es:

1. Die Regierungen Englands, Frankreichs und Rußlands haben zunächst so gut wie förmlich, bei Ausbruch des Krieges in ihren Ländern befindlichen Deutschen die Erlaubnis zur Abreise verweigert; in Deutschland sind aufhaltenden Angehörigen der drei Mächte sind darauf in gleicher Weise behandelt worden. Inwieweit haben sich diese Mächte bereit erklärt, die deutschen Frauen und die nicht als wehrfähig angesehenen männlichen Deutschen ungehindert abreisen zu lassen, während sie die Wehrfähigen nach wie vor zurückhalten; infolgedessen wird auch in Deutschland den in entsprechendem Alter stehenden Angehörigen der drei Mächte die Abreise nicht gestattet.

2. Die in England und Frankreich zurückgehaltenen wehrfähigen Deutschen sind anfangs in nicht unerheblicher Anzahl und in letzter Zeit fast ausnahmslos festgenommen worden und werden als Kriegsgefangene behandelt, während in Deutschland bisher nur verdächtige feindliche Staatsangehörige festgenommen wurden. Nunmehr haben die wehrfähigen Engländer in Deutschland das gleiche Schicksal erfahren, nachdem die britische Regierung der Anforderung, die deutschen Wehrfähigen innerhalb einer bestimmten Frist zu entlassen, nicht entsprochen hatte. Die französische Regierung ist gleichfalls zu einer Erklärung über die Behandlung der wehrfähigen Deutschen aufgefordert worden; von ihrer Antwort wird die weitere Behandlung der wehrfähigen Franzosen in Deutschland abhängen. Die wehrfähigen Deutschen in Rußland sind zum großen Teil nach den östlichen Gouvernements verschickt worden, sollen sich aber dort im wesentlichen auf freiem Fuße befinden; nach dem Ergebnis der hierüber angestellten Ermittlungen werden sich die Gegenmaßnahmen richten, die etwa gegenüber den wehrfähigen Russen in Deutschland zu treffen sind.

3. Nach zuverlässigen Nachrichten werden die Deutschen im feindlichen Ausland, abgesehen von der Beschränkung ihrer persönlichen Freiheit, zum Teil einwandfrei, zum Teil aber mit unnötiger Härte, ja geradezu unwürdig behandelt. Auf Ansuchen der deutschen Regierung sind die mit dem Schutz der deutschen Interessen in den feindlichen Ländern beauftragten diplomatischen und konsularischen Vertreter der Vereinigten Staaten von Amerika mit der Unternehmung dieser Mißstände betraut worden; gegebenenfalls würden sie mit größtem Nachdruck sofortige Abhilfe verlangen. Sollte dieser Weg nicht zum Ziele führen, so würden auch die feindlichen Ausländer in Deutschland strenger behandelt werden müssen. Dabei würde allerdings nicht ein Wettstreit in der Brutalität gegen feindliche Staatsangehörige eröffnet werden können; wohl aber würde Deutschland es sich vorbehalten, seinerzeit die feindlichen Regierungen und Organe für das, was sie gegen unsere Angehörigen gesündigt haben, zur Verantwortung zu ziehen.“

Die Hamburger Ärzte haben an ihre Kollegen in England ein offenes Schreiben gerichtet, in dem sie gegen die Behandlung der internierten Deutschen in den englischen Konzentrationslagern protestieren und die englischen Ärzte auffordern, den Gefangenen zur Freiheit zu verhelfen sowie eine Beseitigung der sanitären Mißstände zu erwirken.

### Lenin über die ukrainische Frage.

Genosse Lenin, der Führer der Majoritätsgruppe der russischen Sozialdemokratie, hat sich in einem Vortrage in Zürich in interessanter Weise über die Beseitigung der Selbständigkeit der Ukraine geäußert. Lenin führte u. a. aus:

„Die Interessen des internationalen Proletariats überhaupt, und insbesondere diejenigen des russischen Proletariats verlangen, daß die Ukraine ihre staatliche Unabhängigkeit zurückerlangt, bei der sie erst die Möglichkeit gewinnen wird, die für das Proletariat unumgängliche kulturelle Entwicklung zu erreichen. Leider sind, erklärte Lenin weiter, manche unserer Genossen russische Reichspatrioten geworden. . . Die russische Nation ist groß genug, um einen besonderen national-

Staat für sich zu bilden. Dadurch wäre ihre erst die Möglichkeit der raschesten Entwicklung gegeben. Die Interessen des russischen Proletariats können unter keinen Umständen einen Sieg Rußlands in diesem Kriege erfordern."

## Bulgarien und Rußland.

Aus der Schweiz, 9. November. (Z. U.) Der neue bulgarische Gesandte in Petersburg, Madjcharow, der bisher in London akkreditiert war, hat bei seiner Ankunft in der russischen Hauptstadt der Presse eine lange Erklärung mitgeteilt, in der er berichtet, daß er seine hauptsächlichste Aufgabe in der Wiederherstellung eines freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Bulgarien und Rußland erblicke. Ein Bündnis zwischen Bulgarien und der Türkei bestehe nicht, und Bulgarien wisse, daß es für es selbst sehr gefährlich wäre, den türkischen Durchzug durch Thrazien zu gestatten.

## Kriegsbekanntmachungen.

### Geldsendung an Gefangene in England.

Berlin, 9. November. (B. Z. V.) Nach einer Mitteilung des Reichspostamts sind von jetzt ab nach Großbritannien Postanweisungen für Kriegsgefangene oder von solchen zugelassen. Die Postanweisungen sind auf der Vorderseite des für den Auslandsverkehr bestimmten Formulars mit der Adresse des königlich-niederländischen Postamts in s'Gravenhage zu versehen, während die Adresse des Empfängers der Geldsendung auf der Rückseite des Abschnitts genau anzugeben ist. An der Stelle, die sonst für die Freimarken zu dienen hat, ist die Bemerkung „Kriegsgefangenen-Geldsendung, Tagfrei“ anzubringen. In s'Gravenhage werden die deutsch-niederländischen Anweisungen in niederländisch-englische umgeschrieben. In der Richtung aus Großbritannien nach Deutschland sind Postanweisungen der Kriegsgefangenen noch nicht zugelassen.

## Wilde Gerüchte.

Auf eine uns zugegangene Mitteilung, die sich auf angebliche grausame Verwundungen eines deutschen Soldaten in einem Frankfurter Lazarett bezog, hatten wir kürzlich durch genaue Erkundigung an Ort und Stelle festgestellt, wie hallos jene Mitteilung war. Wir waren der Sache nachgegangen, weil uns die Angaben mit der Bitte um Untersuchung von einem Manne gegeben worden waren, dessen Name dafür bürgt, daß er sich nicht zur Weitergabe leicht zu nehmender Redensarten hergebe.

Die Folge unserer Veröffentlichung ist nun gewesen, daß uns ein ganze Anzahl von Zuschriften zugegangen ist — größtenteils anonym —, in denen gleichfalls von Verwundungsgeschichten berichtet wird, über die man Nachforschungen wünscht: Hier sei erzählt worden und dort sei erzählt worden, daß in irgendeinem Krankenhaus ein Mann mit ausgehöhlten Augen, möglicherweise auch noch abgehackten Armen und Beinen, liege.

Die ungenauen Angaben mancher dieser Mitteilungen, dazu die frappierende Gleichartigkeit der Darstellungen, bei denen nur der Ort wechelt, an dem sich der angeblich Verwundete befinden soll, vor allem auch die Art der meist zitierten Quellen — „eine Frau in der Linienstraße“ u. dgl. mehr — lassen nur allzu deutlich von vornherein erkennen, daß es nichts als wilde Gerüchte sind, denen die Schreiber zum Opfer fielen. Es kann wirklich nicht unsere Aufgabe sein, ihnen nun noch näher nachzuforschen. Die hier erwähnten Anhaltspunkte können aber ebenso wie uns auch allen Ablesern der Zuschriften die Verwundung geben, daß jene von Mund zu Mund getragenen Schauergerüchte Märchen sind. Was wirklich festgestellt ist, werden die amtlichen Stellen schon nicht verfehlen bekanntzugeben.

## Wo bleiben die Kartoffel-höchstpreise?

Die Klagen und Beschwerden über den Kartoffelwucher haben noch immer keinen Erfolg gehabt. Weder sind die Preise merkbar heruntergegangen, noch hat sich der Bundesrat veranlaßt gesehen, Höchstpreise festzusetzen. Dabei wird der Zustand immer unerträglicher. Auch der Berliner Magistrat hat sich jetzt veranlaßt gesehen, in einer Eingabe an den Staatssekretär des Innern Höchstpreise für Kartoffeln zu verlangen. Es liegt die Befürchtung nahe, daß auch bei den Kartoffeln wie beim Brotgetreide der Verbrauch durch eine erhebliche Preissteigerung eine starke Belastung erfahre, von der die ärmere Bevölkerung besonders betroffen werden würde. Nach den statistischen Erhebungen hätten sich die Preise im vorigen Monat bereits ganz wesentlich über die entsprechenden der beiden Vorjahre erhoben. Möge nun auch zeitweilig, wenn jetzt das erste Ernteergebnis in etwas reichlicherem Umfang auf den Markt geworfen werde, der Preis sich ein wenig senken, so deuteten doch verschiedene Anzeichen darauf hin, daß er ohne bindende Festsetzung wieder einer größeren Höhe zustreben werde. Beim Ankaufen oder Seltenwerden einiger Nahrungsmittel, besonders der Hülsenfrüchte, werde der Verbrauch sich wahrscheinlich den Kartoffeln in höherem Maße zuwenden. Ferner werde durch verstärkte Trocknung und die Verwendung des Kartoffelmehls zur Herstellung von Brot die Nachfrage auf dem Kartoffelmarkt gesteigert werden. Demgegenüber sei es nicht ausgeschlossen, daß der Kartoffelproduzent mit den Kartoffeln zurückhalte, zumal die diesjährige Qualität das Einmieten begünstige. Wenn es nach alledem notwendig erscheine, jeder Spekulationsabsicht von vornherein durch Festsetzung von Höchstpreisen vorzubeugen, so empfähle sich hierbei die möglichste Beschleunigung. Da andererseits die Gefahr bestehe, daß die Höchstpreise den bereits über das normale Maß erhöhten Preisen sich anzuschließen anzuzwingen seien. Eine wirksame Festsetzung von Höchstpreisen müsse den Großhandelspreis erreichen, da dieser Preis den Kleinhandelspreis unmittelbar beeinflusse und auch eine Kontrolle des Kleinhandelspreises aufs leichteste ermögliche.

Der Magistrat weist bei dieser Gelegenheit auch auf die getrocknete Kartoffel, sei es, daß sie in Form von Kartoffelstücken, Kartoffelmehl oder Kartoffelwalzmehl erweise, hin. Hier habe, so führt er aus, bereits eine Preissteigerung eingeleitet, die eine erhebliche Verbilligung des mit Kartoffelmehl vermischten Gebäcks nicht mehr gestatte. Die Preissteigerung für Kartoffelwalzmehl werde überdies dadurch begünstigt, daß nur wenige Fabriken es herstellen. Es werde sich daher nicht unangehen lassen, den Höchstpreisen für Kartoffeln auch solche für getrocknete Kartoffeln bzw. Kartoffelmehl hinzuzufügen.

An die sächsische Landesregierung hat der geschäftsführende Ausschuss des National-liberalen Landesvereins für das Königreich Sachsen unter dem 5. dieses Monats eine Eingabe gerichtet, in der diese gebeten wird, ungefähr im ganzen Königreich angemessene Höchstpreise für Kartoffeln festzusetzen.

Der Regierungspräsident in Kassel hat nach dem Beispiele anderer Behörden Anweisung gegeben, daß in seinem Verwaltungsbezirk Höchstpreise festzusetzen seien.

Wie wenig aber eine durch die Lokal- oder Landesbehörden erfolgende Festsetzung von Höchstpreisen genügt, dafür haben die letzten Tage auch wieder eine Reihe schlagender Beweise erbracht. Aus Trier meldet ein Telegramm der „Köln. Ztg.“:

Infolge der Festsetzung von Höchstpreisen für Kartoffeln haben die Landwirte die Zufuhr zum hiesigen Markt eingestellt, weshalb die Stadtverwaltung Kartoffeln von auswärts bezieht und zum Verkauf bringt.

Und die „Münch. Neuesten Nachr.“ brachten aus Jülich eine Meldung, die gleichfalls zeigt, wie wenig alle örtlichen Maßnahmen zum Zwecke billiger Kartoffelversorgung der Bevölkerung ausreichen:

Wie bereits mitgeteilt, hat die Stadtgemeinde zur Abwehr einer Kartoffelverknappung einen eigenen Markt mit Schaffung von Vergünstigungen für die den Markt besuchenden Landwirte ins Leben gerufen. Es war der erste Kartoffelmarkt anberaumt, aber es erschien kein einziger Landwirt.

Aus der Pfalz wird ein ähnlicher Vorgang gemeldet.

Nützig ist aber, wie schon wieder und wieder betont wurde, die schnelle Festsetzung niedriger Kartoffelhöchstpreise durch das Reich.

## Politische Uebersicht.

### Die neuen Kriegskredite.

Auch die offiziöse Presse bestätigt, daß der für den 2. Dezember einberufene Reichstag sich wahrscheinlich mit der Bewilligung neuer Kriegskredite zu befassen haben wird. Der „Vokal-Anzeiger“ weist zu melden: „Nach den Mitteilungen, die seinerzeit den Abgeordneten von der Regierung gemacht worden sind, ist die Anforderung weiterer Kriegskredite beim Zusammentritt des Reichstages zu erwarten. Es handelt sich indes nicht darum, alsbald neue Kriegsanleihen zu begeben, sondern darum, den Kriegsbedarf bis zum Schluß des Rechnungsjahres 1914 bereitzustellen. Eine Anleihe dürfte in absehbarer Zeit nicht zur Ausgabe kommen, zumal da die Reichsbank, nachdem die Einzahlungen auf die bisher begebene Kriegsanleihe in der Hauptsache zur Abbildung der bei der Reichsbank diskontierten kurzfristigen Schatzanweisungen benutzt worden sind, in der Lage sein wird, das Reich nach Maßgabe neu zu bewilligender Kriegskredite zu unterstützen.“

### Die Getreidespekulanten an der Arbeit.

An der Leipziger Produktenbörse wurde am Sonnabend die Abfassung des folgenden Telegramms an den Stellvertreter des Reichskanzlers Dr. Delbrück in Berlin beschlossen:

„Im Auftrage der die Leipziger Börse besuchenden Müller und Getreidehändler erklären wir der Reichsregierung, daß unfälligerweise seit dem Bekanntwerden des Gesetzes über die Höchstpreise das Angebot von Getreide ganz ungenügend ist, weil nach unserer festen Ueberzeugung auf den ab Januar steigenden Preis gerechnet wird. Es ist daher zu befürchten, daß aus Mangel an Getreide die Mählen stillgelegt werden müssen und angesichts der Getreidevorräte unbegründete Mangelnot eintritt. Wir fordern die Reichsregierung auf, die Schritte sofort zu tun, die das Gesetz vorsieht.“

Im Auftrage: Syndikus Schneider.

### Merkwürdige Auffassung.

Der Reichs- und Landtagsabgeordnete Dr. Pachnizke hat in Hannover eine Rede gehalten, in der er sagte, dem Volke, das solche Opfer gebracht habe, müsse man auch ein anderes Wahlrecht einräumen.

Dieser Bericht versteht die „Kreuz-Zeitung“ mit der Spitzmarke: „Bruch des Burgfriedens“ und druckt zustimmend die folgende Bemerkung aus dem „Hildesheimer Courier“ ab:

„Das Klingt ja beinahe, als ob Herr Pachnizke glaube, daß das deutsche Volk nicht für sein Vaterland kämpfe, sondern die Opfer an Gut und Blut bringe, um den Freisinnigen ein anderes Wahlrecht zu erringen. Wie kann man nach einer Belohnung verlangen für einen Dienst, der, wie der Dienst fürs Vaterland, seinen Lohn in sich und nur in sich trägt? Und nun gar nach einer Belohnung, die doch notorisch nur für eine Minderheit des Volkes ein Lohn wäre, für die Mehrheit des preussischen Volkes aber eine Strafe! Kann man in törichter Weise den Burgfrieden unter den Parteien brechen, um auf diese Weise einen Vorteil für seine Partei oder die eigene Popularität zu ergattern?“

Die „Kreuz-Zeitung“ hat hier wohl nur etwas vorzeitig die Antwort verraten, die die Konservativen dem Volke auf seine Wahlrechtsforderung nach dem Kriege zu geben beabsichtigen.

### Erbfolgesorgen in Gotha.

Die gothaischen Volksvertreter sind sehr besorgt darum, daß nicht fremde Fürsten von ihrem Lande Besitz ergreifen. Die Gefahr liegt immerhin nahe, weil nichtdeutsche Fürstenhäuser mit dem regierenden Hause verwandt und erbberechtigt sind. Schon vor einiger Zeit war dem Landtag von Koburg-Gotha ein von den Vertretern verschiedener Parteien unterzeichneter Antrag zugegangen, der die Erbfolge für ein nichtdeutsches Fürstenhaus ausschließen soll. Jetzt hat sich der Ausschuss des gothaischen Speziallandtages auch dagegen gewandt, daß die ausländischen Thronanwärter im gothaischen Hausidealkammern erbberechtigt sein sollen. Von dem Grund und Boden des Herzogtums Gotha gehört, wie zum besseren Verständnis bemerkt sei, ein Bestandteil von nicht weniger als 42 Prozent zu den fürstlichen Fideikommissen.

### Kriegstagung des weimariischen Landtages.

Der Landtag des Großherzogtums Sachsen-Weimar trat am Montag zu einer kurzen Kriegstagung zusammen. Die Regierung hatte Vorlagen eingebracht, die sich auf die Schaffung einer Kriegskreditklasse, auf vorübergehende Abänderung einiger Steueretze, auf die Ermächtigung zur Stärkung der staatlichen Kassenvorräte, ferner auf Vorschläge nach Bedarf bis zur Gesamtsumme von fünf Millionen, und wurde auf vorübergehende Abänderung der Gemeindeordnung zur Behebung wirtschaftlicher Schwierigkeiten bezogen.

Der Landtag nahm sämtliche Vorlagen ohne Debatte einstimmig an.

### Kriegsgefangene im Bergbau.

Die preussische Regierung beschloß, wie dem „Verl. Tageblatt“ gemeldet wird, mit der Erschließung der seinerzeit zur Elektrifizierung der Bahntrecken Bitterfeld-Deßau-Berlin, Bitterfeld-Leipzig-Halle angekauften umfangreichen Kohlenfelder bei Gräfenhainichen demnächst zu beginnen. Man will bei den Abraumungsarbeiten mehrere tausend Kriegsgefangene beschäftigen. — Man darf aber wohl erwarten, daß in erster Linie die Arbeitslosen berücksichtigt werden.

### Kommunale Kriegsfürsorge.

Die Stadt Jülich hat ihre Kriegsfürsorge ebenfalls erweitert. Da die von der Stadt eingeführte Arbeitslosenunterstützung nicht an das Existenzminimum herabreichte und viele unterstützte Arbeitslose sich noch an die Armenverwaltung wenden mußten, so erhalten die arbeitslosen Verheirateten vom 1. November ab 7 M. wöchentlich, die Ledigen 4 M. Verheiratete Familienväter und ledige Frauen erhalten außerdem für jedes Kind 1,50 M. Zuschuß in der Woche. In die Gewerkschaftsmitglieder, die von ihrer Organisation noch Unterstützung beziehen, wird ein Zuschlag von 5 M. gewährt, wenn sie verheiratet sind, und 1 M., wenn sie ledig sind. Den Verheirateten werden auch Brennstoffe geliefert. — An die bedürftigen Familien der Arbeiter wird zur reichsgesetzlichen Unterstützung ein Zuschlag in Höhe von 2,50 M. der Reichsunterstützung, an Frauen mit Kindern in Höhe von 50 Proz., für jedes Kind dazu 25 Proz. und für sonstige Familienangehörige 50 Proz. Außerdem erhalten auch diese Familien Brennstoffe und Essen geliefert. Die Portion Essen wird mit 15 Pf. angerechnet.

### Warnung vor privaten Auskunftsstellen.

Dringend gewarnt wird vor allen privaten Auskunftsstellen über Verwundete und Vermisste. Die Tätigkeit solcher privater Auskunftsstellen widerspricht den militärischen Interessen und ist verboten; sie dient auch nicht dem Interesse des Publikums, da die Arbeiten solcher Institute gar nicht kontrollierbar sind und die gegebenen Auskünfte im besten Falle den Auftraggeber nicht zeitiger erreichen können als die kostenlos gewährten Auskünfte der amtlichen Stelle des Kriegsministeriums, Dorotheenstraße 59.

### Eine Abwehr der Postverwaltung.

Die Reichspostverwaltung wehrt sich gegen gewisse Vorwürfe, die ihr gemacht wurden, indem sie schreibt: „In der Presse und in Zuschriften ist im Tone des Vorwurfs gegen die Postverwaltung darauf hingewiesen worden, daß bis vor kurzem auf Bahnhöfen große Mengen von Postpaketen ausgestapelt waren, die offenbar wegen Mangels an Personal nicht sortiert und beschriftet wurden. Wenn hieraus gefolgert werden sollte, daß die Postverwaltung den Paketverkehr vernachlässigt und ihm nicht wie sonst die möglichste Sorgfalt gewidmet habe, so wäre das falsch. Die Pakete, die die Einfender der Zuschriften usw. gesehen haben, waren nicht Pakete des allgemeinen Verkehrs, sondern solche, die nach der Bekanntmachung des Kriegsministeriums vom 1. Oktober in der Zeit vom 19. bis 26. Oktober zur Beförderung an das Feldheer abgeliefert worden sind. Nach dieser Bekanntmachung hatte die Postverwaltung die Pakete anzunehmen und bis zu den Militär-Paketdepots zu befördern. Das ist seinerzeit geschehen. Die Weiterbeförderung der Pakete von den Paketdepots aus lag in den Händen der Militärverwaltung und ist von ihr mit allen Mitteln betrieben worden. Wenn trotzdem der Abfluß der Pakete von jenen Stellen nicht mit einer solchen Beschleunigung vor sich gehen konnte, daß eine Ansammlung vermieden wurde, so lag dies an der Menge der zu strömenden Pakete und an der notwendigen Rücksichtnahme auf die Möglichkeit ihrer Weiterbeförderung auf den Etappenstrecken.“

### Erklärung.

Unter der Ueberschrift „Konservative Heuschädel“ brachten wir in Nr. 4 des „Vorwärts“ vom 5. Januar d. J. einen Artikel, der so ausgelegt worden ist, als ob darin gegen den Generalsekretär des Deutschkonservativen Hauptvereins und Geschäftsführer der „Kreuz-Zeitung“, Bruno Schroeter, der Vorwurf der Unterdrückung und der Untreue erhoben wird. Wir erklären, daß uns dieser Vorwurf ferngelegen, daß wir ihn nicht erheben, und nehmen daher keinen Anstand, den Vorwurf, soweit er in dem Artikel erblickt worden ist, zurückzunehmen.

### Neue Kämpfe in Mexiko.

New York, 9. November. (Z. U.) Villa hat Carranzas Streitmacht bereits mehrmals geschlagen. Carranza versucht, die Vereinigten Staaten zu einer Intervention zu veranlassen.

## Letzte Nachrichten.

### Kriegskontribution für Antwerpen.

Amsterdam, 9. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) „Nieuwe Courant“ meldet: Antwerpen wurde eine Kriegskontribution von 50 Millionen Mark auferlegt. Die Gerüchte über die Verhaftung von Gemeindefunktionären seien falsch. Zurzeit erscheinen in Antwerpen vier zensurfreie Tagesblätter.

### Ein deutscher Flieger über Dünkirchen.

London, 9. November. (B. Z. V.) „Daily Mail“ meldet, daß ein deutscher Flieger gestern zwei Bomben über Dünkirchen abwarf. Die eine Bombe fiel in ein Dock, ohne Schaden anzurichten, die zweite fiel in der Nähe des Rathauses nieder. Im Umkreise von 100 Metern sprangen alle Fenster Scheiben.

### Deutsche Schiffe in Honolulu interniert.

Washington, 9. November. (B. Z. V. — Meldung des Reuterschen Bureaus.) Da das in Honolulu eingelaufene deutsche Kanonenboot „Geier“ den Hafen nach der von der amerikanischen Behörde festgesetzten Zeit nicht verließ, wurde es interniert, ebenso der Dampfer „Lodsun“ vom Norddeutschen Lloyd, der für ein Transportschiff gehalten wurde.

Es handelt sich um den 1600 Tonnen großen, alten, zu den Kanonenbooten übergeführten Auslandskreuzer „Geier“, der im Jahre 1894 vom Stapel gelaufen ist und zuletzt in der Südsee Verwendung fand.

### Die Beschießung Potis.

Petersburg, 9. November. (B. Z. V.) Der Generalstab der kaukasischen Armee meldet: Am 7. d. M. morgens kam ein feindlicher Kreuzer vom Typ der „Ribisi“ in Poti an und eröffnete das Feuer gegen die Stadt, Hafen, Leuchtturm, Bahnhof und Eisenbahn. Er löste 120 bis 150 Schuß. Als der Kreuzer sich dann der Mole näherte und gegen russische Truppen Maschinengewehrfeuer zu geben versuchte, erwiderten diese mit Artillerie- und Gewehrfeuer. Nach dem ersten Kanonenschüssen entfernte sich der Kreuzer in Richtung Sulkham. Sechs russische Soldaten wurden verletzt. Beschädigungen von Stadt und Hafen unbedeutend. Einwohner wurden nicht verletzt.

# Aus der Partei.

Im „Grundstein“, dem Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes, heißt es in einer mit persönlichen Invektiven gespickten Polemik gegen Liebknecht's bekannte Erklärung über die Sitzung des Abgeordnetenhauses:

„Es ist eine Frage für sich, ob die sozialdemokratische Partei die Leute, die ihre Haltung zum Kriege beurteilen und bekämpfen, auf die Dauer in ihren Reihen ertragen kann. Die Antwort darauf wird man bis nach dem Friedensschluß hertragen müssen.“

Wir meinen zunächst, daß der „Grundstein“ besser daran gelaufen hätte, nicht nur die Antwort, sondern auch die „Frage“ zu vertagen. Es ist ein starkes Stück, eine Frage, die wohl doch zunächst eine Partei- und keine Gewerkschaftsfrage ist, zu einer Zeit aufzuwerfen, wo innere Parteilauseinandersetzungen nicht nur schweigen sollen, sondern auch schweigen müssen. Glaubt der „Grundstein“ wirklich dem Interesse der Arbeiterbewegung damit zu nützen, daß er allen denjenigen, die nicht seine Meinung teilen, schon heute den Ausschluß aus der Partei androht? Wir meinen, etwas mehr Zurückhaltung wäre schon deshalb geboten, weil sich die Angegriffenen ja unter den obwaltenden Umständen gar nicht wehren können.

## Differenzen in Nordbayern.

In unserem Bamberger Parteiblatt, dem „Fränkischen Volksfreund“, finden wir folgende Erklärung:  
In der Nr. 258 des „Fränkischen Volksfreund“ befindet sich ein Wahlblossom für die Gemeindevahlen 1914 im Stadtgebiet Bamberg.

Unter Zustimmung der Vertretung der Bamberger Parteiorganisation haben die Parteikonferenzen für Bayern, Nordbayern und für Oberfranken beschlossen, daß wir in allen Orten mit über 4000 Einwohnern selbständig in die Wahl eintreten und daß Abkommen über die Wahl nur mit Genehmigung des Gauvorstandes als dem Zentralwahlkomitee abgeschlossen werden dürfen.

Daran hat sich die Bamberger Parteiorganisation nicht gehalten. Sie hat ohne jede Rücksprache mit dem Gauvorstand das Abkommen mit den bürgerlichen Parteien getroffen.

Dieses Abkommen kann also für die Sozialdemokratie in Nordbayern als zu Recht bestehend nicht betrachtet werden.

Kürnberg, den 6. November 1914. Der Gauvorstand.

## Sozialistische Zeitungen in Holland.

Aus Amsterdam wird uns geschrieben: Unser holländisches Zentralorgan „Het Volk“ hat sich einen neuen Leserkreis erworben: unter den internierten belgischen Soldaten. Der Absatz in den Internierungslagern hat sich ganz erstaunlich entwickelt. In Amersfoort werden 600, in Leidschendam und in Harderwijk 600 Exemplare verkauft. Der Vertrieb wird

von den Parteigenossen dieser Orte mit Unterhütung von internierten Soldaten, die der belgischen Partei angehören, besorgt. Diese Verbreitung des holländischen Organs ist um so wertvoller, als sie dazu beitragen muß, unter den Internierten das internationale Bewußtsein wieder zu wecken, das im Kriegessturm notwendig schweigen mußte und nach Friedensschluß, wenn die Internierten in ihr verwöhntes Land heimkehren, seine weitaufbauende Kraft wird beweisen müssen. Wenn das niederländische Blatt unter den internierten Flämen eine wichtige Rolle zu spielen beginnt, so ist das Erscheinen des „Vorwärts“ auf den Straßen von Amsterdam sicher auch von mehr als materiellem Interesse. Seit einigen Wochen wird hier unter den deutschen Wätern, die auf der Straße ausgeboten und auch vom holländischen Publikum stark gekauft werden — in Holland wird Deutsch, Französisch und Englisch schon in den Bürgerschulen unterrichtet und in den Mittelklassen spricht fast jedermann deutsch —, der „Vorwärts“ ausgerufen und findet guten Absatz. Holland spürt die wirtschaftlichen Folgen des Krieges in allen Gliedern, aber es diskutiert den Krieg nicht nur vom egoistischen Gesichtspunkt, sondern mit größter Leidenschaft auch vom ideellen. In Holland ist man noch nicht zur Uniformierung des Geistes gekommen und es imponiert den Holländern nicht, wenn Professoren kompanietweise antreten — besonders jenen nicht, deren Idealismus von deutscher Arbeit der Vergangenheit befruchtet worden ist.

### Sozialdemokratischer Wahlverein Drewitz.

Dem von der Heimat auf dem Schlachtfeld in Frankreich fiel unser Genosse, der Gemeindevorsteher

**Paul Sieke.**

Als Mitbegründer unseres Vereines wirkte er allseitig treu und unermüdet für die Interessen desselben bis zu seiner Einberufung zur Verteidigung des Vaterlandes. 197/8 Sein ehrenvoller Charakter und seine nie erlahmende Tätigkeit sichern ihm ein dauerndes Andenken.

Wir werden in seinem Sinne weiterwirken.

Der Vorstand.

### Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb. Filiale Groß-Berlin.

Auf dem Schlachtfeld gefallen ist der Kollege

**Otto Zabel**

(Stadt. Kohlenplatz) im Alter von 38 Jahren.

### Verh. d. Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands Filiale Berlin.

Unseren Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß der Kollege

**Erich Burghardt**

am 20. Oktober in Frankreich gefallen ist.

Berner fiel auf dem Schlachtfeld im Westen der Kollege

**Franz Dabrowsky.**

Ehre ihrem Andenken! Die Ortsverwaltung.

### Verh. d. Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands Filiale Berlin.

Unseren Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß der Kollege

**Erich Burghardt**

am 20. Oktober in Frankreich gefallen ist.

Berner fiel auf dem Schlachtfeld im Westen der Kollege

**Franz Dabrowsky.**

Ehre ihrem Andenken! Die Ortsverwaltung.

### Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter u. verw. Berufsgenossen Ortsverwaltung Berlin.

Den Mitgliedern diese zur Nachricht, daß der Kollege, Jahrgang

**Julius Reimann**

(Schulstr.-Brauerei Abt. II) nach langer Krankheit verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute nachmittags 3 Uhr auf dem Heilig-Kreuz-Friedhof in Mariendorf, Eisenacher Straße, statt.

Kege Beteiligung erwartet

44/13 Die Ortsverwaltung.

### Sozialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg.

Hierdurch zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Buchdrucker

**Paul Schulze**

Gutenbergsstraße 7 verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 10. d. M., nachmittags 3 Uhr, auf dem Heilig-Kreuz-Friedhof in Mariendorf, Eisenacher Straße, statt.

Kege Beteiligung erwartet

251/7 Der Vorstand.

### Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

Am 5. Oktober fiel im Besitze der Kohlenhändler

**Wilhelm Niedergesäß**

Paderstr. 38 (Bezirk 174).

217/2

Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 4. Berliner Reichstagswahlkr.

Bei den Kämpfen im Osten

**Heinrich Schomacker**

Hobler, Soldiner Straße 8 (18. Abteilung, Bezirk 816).

Am 28. Oktober bei den Kämpfen im Westen

**Otto Bock**

Former, Pringens-Allee 59 (18. Abteilung, Bezirk 821).

Bei den Kämpfen im Osten

**Alfred Gabriel**

Former, Bergstr. 22 (11. Abteilung, Bez. 606).

Am 14. Oktober im Westen gefallen:

**Maximilian Klenner**

Schlosser.

**Adolf Urbach**

Lehrer.

Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 6. Berliner Reichstagswahlkr.

Bei den Kämpfen im Osten fiel unser Mitglied, der Werkzeugdreher

**Ferdinand Schmitz**

Winkelstr. 7.

Sozialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg.

In den Kämpfen im Osten fiel am 28. Oktober der Schlosser

**Albert Breitschu**

im 24. Lebensjahre; ehemals Funktionär in der 22. Gruppe.

18/12 Sozialdemokr. Wahlverein Niederbarnim. Bez. Weißensee.

Am 24. Oktober fiel im Westen

**Otto Larisch.**

Sozialdemokr. Wahlverein Niederbarnim. Bezirk Reinickendorf-West.

### Sozialdemokratischer Wahlverein Niederbarnim.

Bezirk Weißensee.

Am Sonntag, den 7. November 1914, starb der Genosse

**Oskar Roßkopf**

Glaschleifer,

im Alter von 34 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 10. November, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Gemeinde-Friedhofes in der Rüdelsstraße am Stat. 18/11

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Die Bezirksleitung.

Statt Karten.

Am Sonntag, den 8. November, dem jährigen Todestage unseres Vaters, starb unsere liebe Mutter

**Frau Klara Schäfer geb. Freytag**

nach kurzem Krankenlager.

Die Bestattung erfolgt am Mittwoch, den 11. November, nachmittags 3 Uhr, auf dem alten Jakob-Friedhof am Rottweg.

Richard Schäfer nebst Frau

Karl Schäfer nebst Frau

Enkelchen Egmont

Bückerstr. 36. 4196

Bern von der Heimat nach am 24. Oktober auf russischem Boden den Heldentod fürs Vaterland unser Kollege, der Maschinenwärter

**Robert Zobel**

im blühenden Alter von 32 Jahren.

Wir wollen ihm ein ehrendes Andenken bewahren und rufen ihm ein „Ruhe sanft in fremder Erde!“ zu.

144/11

Wiedere Kollegen des Elektrizitätswerkes Zülowstr. 36, Schöneberg, Goltzstraße.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter sagen wir allen Verwandten und Bekannten unsern herzlichsten Dank.

124/11

Ernst Brauer nebst Kindern.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter sagen wir allen Verwandten und Bekannten unsern herzlichsten Dank.

144/11

Ernst Brauer nebst Kindern.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter sagen wir allen Verwandten und Bekannten unsern herzlichsten Dank.

144/11

Ernst Brauer nebst Kindern.

### Sparverein „Einkauf“ 1903. Nachruf.

Am 29. August ist unser wertestes Mitglied

**Heinrich Fleischer**

auf dem westlichen Kriegsschauplatz gefallen.

4164

Ehre seinem Andenken!

Der Vorstand.

Männerchor „Lerche-Einkauf“ (Rutmacher).

Am 31. Oktober er. fiel auf dem Felde im Osten unser treuer Sangesbruder

**Willi Herrmann.**

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

66/15

Der Vorstand.

Bern von der Heimat im Osten fiel am 15. Oktober mein lieber Mann, unser guter Vater, Sohn, Bruder und Schwager, der Bekehrte

**Gustav Schulz.**

Im Namen der Hinterbliebenen Frau Auguste Schulz und Kinder.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die zahlreichen Spenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes

**Gustav Müller**

sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, besonders den Beamten und Kollegen der Firma A. E. W. Tuchmaschinenfabrik, sowie dem Sozialdemokratischen Wahlverein und dem Deutschen Metzgerdecker-Verband meinen herzlichsten Dank.

124/11

Bin. Martha Müller, Rottoder Str. 45.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter sagen wir allen Verwandten und Bekannten unsern herzlichsten Dank.

144/11

Ernst Brauer nebst Kindern.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter sagen wir allen Verwandten und Bekannten unsern herzlichsten Dank.

144/11

Ernst Brauer nebst Kindern.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter sagen wir allen Verwandten und Bekannten unsern herzlichsten Dank.

144/11

Ernst Brauer nebst Kindern.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter sagen wir allen Verwandten und Bekannten unsern herzlichsten Dank.

144/11

Ernst Brauer nebst Kindern.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter sagen wir allen Verwandten und Bekannten unsern herzlichsten Dank.

144/11

Ernst Brauer nebst Kindern.

Verwendet „Kreuz-Pfennig“-Marken auf Briefen, Karten usw.

# Mitteilung.

Dem verehrlichen Publikum Groß-Berlins, insbesondere unserer werten Kundschaft, machen wir die ergebene Mitteilung, daß wir Gelegenheit hatten, große Posten

## hocheleganter Konfektion

anzukaufen, die für den Export bestimmt waren und infolge der Grenzsperren nicht zum Verkauf gelangen konnten. — Die Posten bestehen aus:

**Kostümen, Paletots, Ulster, Seal-Plüsch-, Velour du Nord- und Backfisch-Mänteln,**  
kurze und lange Formen neuester Saison-Mode usw. usw. und werden zu ganz

### außergewöhnlich billigen Preisen

zum Teil weit unter Herstellungskosten, zum Verkauf gestellt.

## Sielmann & Rosenberg

Gegründet 1869 Kommandantenstraße, Ecke Lindenstraße. Gegründet 1869  
22 Schaufenster 2 Häuser vom Dönhofsplatz.

Sonntags von 12-2 Uhr geöffnet.

## Verein der Freidenker für Feuerbestattung.

Sitz Berlin. Gegründet 1905.  
Geschäftsstelle: F. Sachtleben, O. Rigas Str. 91.  
Eintrittsgeld 1 M. Monatsbeitrag 30 Pf.  
Aufnahme ohne ärztliche Untersuchung. Nach dreijähriger Mitgliedschaft kostenlose Einäscherung.

Dienstag, den 10. November 1914, abends 8 1/2 Uhr, in den Musikerkälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31:

### Oeffentliche Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:  
1. Bericht des Vorstandes über die getroffenen Maßnahmen für die gegenwärtige Kriegslage. 2. Verschiedenes.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand. J. H. v. W. Müller, Tuchfabriker Str. 15.

Achtung! Das auf den Einladungskarten angegebene Lokal „Rofenthaler Hof“ ist wegen plötzlich eingetretener Hindernisse nicht frei, daher findet die Versammlung in obigem Lokal statt.

# Asthma

wird in heilbaren, wenn auch veralteten Fällen behoben durch meine glänzend bewährten Asthmastropfen, Flasche 2.50 M. Bei starken Anfällen sofortige Hilfe durch indische Asthmakräuter, Kart. 2.00 M. Garant. unschädlich! Vor-Nacham. jed. Art sel. gewarnt! Otto Reichel, Berl. 49, Eisenbahnstr. 4

# Hutformen.

auch Annonform. 0.90, Trauerhüte 1.10, Schönhauser  
4075 **Migge**, Allee 146a.

## Spezialarzt

Dr. med. Wockenfuß, Friedrichstr. 125, (Oranienb. Tor) für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage) Blutuntersuchung. Schnelle, sichere schmerzlose Heilung ohne Berufs- störung. Teilzahlung. Spr. 11-3 u. 5-8, Sonnt. 9-10.

# Ulster-

Stoffe, Damenuhose 3.-, 4.-, 5.-  
Mtr. M. 10.-, 15.-, 20.-  
Persianer mit 10.-, 15.-, 20.-  
Pflüsch Mtr. M. 10.-, 15.-, 20.-  
Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.  
Gertraudenstr. 20-21 gegenüber der Petrikirche.

## Spezialarzt

J. Gant., Gant., Frauenleiden, nerv. Schwäche, Geisteskr. jeder Art, Ehrlich-Hata-Kur in u. Co. fort. Schorlat. 1. Platz.  
untersuchung. Baden i. Darmst. gegenüber  
Friedrichstr. 81, Panoptikum  
Spr. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-3.  
Donnerstag mäßig, auch Teilzahl.  
Separates Damenzimmer.

# Münzen

kauft Robert Ball, Münzenhandlung, Wilhelmstr. 46/47

Morgen Mittwoch, den 11. November: Zahlabend in Groß-Berlin.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 72 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:
Schutztruppe für Kamerun; Polizeitruppe für Togo.
26. Inf.-Brig., Stab; 35. Inf.-Brig., Stab; Garde-Gren.-Reg. Elisabeth; 5. Garde-Reg.; Gren.-Reg. Nr. 1; Landw.-Inf.-Regiment 2, 4; Gren.- u. Inf.-Reg. Nr. 5; Leib-Gren.- u. Inf.-Reg. Nr. 8; Brig.-Ers.-Bataillon Nr. 8, 9, 10; Gren.-Reg. Nr. 11; Brig.-Ers.-Bat. Nr. 11; Gren.-Reg. Nr. 12; Brig.-Ers.-Bat. Nr. 12; Inf.-Regiment Nr. 14, 15; Inf.-Reg. Nr. 16; Inf.- u. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 17; Inf.- u. Inf.-Reg. Nr. 18; Inf.-Regiment Nr. 19, 21, 23, 25, 31; Inf.-Reg. Nr. 32; Inf.- u. Inf.-Reg. Nr. 33; Inf.-Reg. Nr. 34; Inf.-Reg. Nr. 35; Inf.-Reg. Nr. 36; Inf.-Reg. Nr. 37; Inf.-Reg. Nr. 38; Inf.-Reg. Nr. 39; Inf.-Reg. Nr. 40; Inf.-Reg. Nr. 41, 43, 44, 45; Inf.- u. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 46; Inf.-Regiment Nr. 49, 50; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 51; Inf.-Reg. Nr. 52; Inf.-Regiment Nr. 56, 57, 59; Inf.-Reg. Nr. 61; Inf.-Regiment Nr. 63, 64, 65, 66; Inf.-Reg. Nr. 67; Inf.-Reg. Nr. 71, 72; Inf.-Regiment Nr. 74, 75; Inf.-Reg. Nr. 76; Inf.- u. Inf.-Reg. Nr. 77; Inf.-Reg. Nr. 78; Inf.- u. Inf.-Reg. Nr. 80; Inf.- u. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 81; Inf.- u. Inf.-Reg. Nr. 82; Inf.- u. Inf.-Reg. Nr. 83; Brig.-Ers.-Bat. Nr. 83; Inf.-Reg. Nr. 84; Inf.-Reg. Nr. 85; Gren.-Reg. Nr. 86; Inf.-Reg. Nr. 87; Inf.-Reg. Nr. 88; Inf.-Reg. Nr. 89; Gren.- u. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 110; Inf.-Regiment Nr. 112, 113, 114, 116; Inf.-Reg. Nr. 118; Inf.-Regiment Nr. 117, 118; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 118; Inf.-Regiment Nr. 128, 130, 131, 132, 135, 138, 140, 143, 146, 148, 150, 151, 154, 155, 156, 157, 163, 166, 167, 168, 173, 174, 176.
Landsturm-Bataillone Bodum, Diefenhofen, Glogau, Gnesen, Löben 1, Marienburg, Raumburg, Reuß, Sangerhausen, Wehlau, Worms; Jäger-Bat. Nr. 2.
Regiment der Garde du Corps; Garde-Kür.-Reg.; Garde-Reg.-Drag. Nr. 2; Garde-Musik-Reg.; Garde-Reg.-Musk. Nr. 1, 2, 7; Inf.-Reg. Nr. 6; Inf.-Regiment Nr. 7, 10; Inf.-Reg. Nr. 11; Regiment Königs-Jäger zu Pferde Nr. 1; Jäger-Reg. zu Pferde Nr. 9.
28. Feldart.-Brig., Stab; 1., 2. u. 3. Garde-Feldart.-Reg.; 3. Garde-Feldart.-Reg.; 4. u. 5. Garde-Feldart.-Reg.; Feldart.-Reg. Nr. 1; Inf.-Feldart.-Reg. Nr. 3; Feldart.-Regiment Nr. 4, 5 u. Inf.-Feldart.-Reg. Nr. 5; Feldart.- u. Inf.-Feldart.-Reg. Nr. 7; Feldart.- u. Inf.-Feldart.-Reg. Nr. 11; Inf.-Feldart.-Regiment Nr. 12, 15; Feldart.- u. Inf.-Feldart.-Reg. Nr. 16; Feldart.-Regiment Nr. 20, 21, 24, 30, 35, 39, 41, 42, 47, 55, 57, 62, 69, 70, 71.
1. Garde- u. 1. Garde-Ref.-Fühar.-Reg.; Ref.-Fühar.-Reg. Nr. 2; Fühar.-Reg. Nr. 5, 7, 8, 9, 10; Ref.-Fühar.-Reg. Nr. 11; Fühar.- u. Ref.-Fühar.-Reg. Nr. 14; Fühar.- u. Ref.-Fühar.-Reg. Nr. 15; Fühar.- u. Ref.-Fühar.-Reg. Nr. 18; Kav.-Reg. Nr. 6.
Garde-Pion.-Bat.; 1. Pion.-Bat. Nr. 2; 2. Pion.-Bat. Nr. 3; Erf.-Pion.-Bat. Nr. 5; Pion.-Bat. Nr. 7; 2. Pion.-Bat. Nr. 14; Pion.-Bat. Nr. 16; Pion.-Reg. Nr. 20; Pion.-Ers.-Bataillon Nr. 20, 21; Pion.-Bat. Nr. 26; 1. u. 2. Pion.-Bat. Nr. 27; Pion.-Regiment Nr. 29, 30; 2. Landw.-Pion.-Komp. des 10. Armeekorps.
Eisenbahn-Baufomp. Nr. 21; Telegraphen-Bat. Nr. 6 siehe Hunter-Abt. der 1. Kav.-Div.; Hunter-Abt. der 9. Kav.-Div.; Fernsprech-Abt. des 1. Armeekorps; Ref.-Fernsprech-Abt. Nr. 6; Ref.-Fernsprech-Abt. Nr. 10 des 10. Armeekorps; Feldposttruppe; Etappen-Kraftwagen-Kolonne Nr. 7, 28.
Ref.-Art.-Mun.-Kol. Nr. 27 des 8. Ref.-Korps; 1. Mun.-Kol.-Abt. des 18. Armeekorps.
San.-Komp. Nr. 1 des Garde-Ref.-Korps; Ref.-San.-Komp. Nr. 4 des 4. Ref.-Korps; San.-Komp. Nr. 1 des 9. Armeekorps; San.-Komp. Nr. 3 des 14. Armeekorps; Feldlazarett Nr. 12 des 3. Armeekorps.
Garde-Divisions-Brüden-Train Nr. 3; Korps-Brüden-Train des 18. Armeekorps; Schwere Prov.-Kol. Nr. 4 des 15. u. 17. Armeekorps; Prov.-Kol. Nr. 6 des 17. Armeekorps; Magazin-Führpart.-Kol. Nr. 4 des 2. Armeekorps; Magazin-Führpart.-Kol. Nr. 11 der 4. Armee; Magazin-Führpart.-Kol. Nr. 15 der 1. Armee; Etappen-Führpart.-Kol. Nr. 30 des 19. Armeekorps.
Ref.-Feldbäckerei-Kol. Nr. 31; Etappen-Bäckerei Nr. 2 der 4. Armee.
Bezirkskommandos: Karlsruhe, Posen, Siegen, Straßburg.

schon weit vor dem Martinstage in den Auslagen der Delikatessengeschäfte und Marktständen. Aber der große Sturm auf den Gänsebraten beginnt doch erst kurz vor dem Weihnachtstfest. Nur diesmal ist mit dem Gänsemarkt, der jahrzehntelang in Rummelsburg blühte und dann nach Friedrichsfelde überfiedelte, nicht viel los. Die Hunderttausende russischer Gänse kommen nicht über die Grenze, auch aus Galizien wird der Transport sehr eingeschränkt und überdies ist Schmalhaus im Kriegsjahr naturgemäß klüdenmeißer geworden. Wenigstens gibt es wichtigere Sehnstuchwünsche zu stillen als die Hoffnung auf den Gänsebraten. Selbst die Einfuhr nach Berlin aus Pommern und Rügen, wo die Gänsezüchterei zu Hause ist, hat gegen sonst bedeutend nachgelassen. Es ist verhältnismäßig wenig Gänseware am Berliner Markt, und die vorhandene ist schon jetzt so teuer, daß die Preise bis Weihnachten voraussichtlich noch mehr in die Höhe gehen werden. Da haben es unsere Feldfrauen beinahe besser. In Galizien laufen die Gänse und andere Federviecher auf Chausseen und Feldern wild umher. So macht das „Requirieren“ keine große Mühe, und manche Gans, die erst zu Weihnachten geschlachtet werden sollte, flücht schon am heutigen Martinstage unsere braven Leute im Felde.

Die Behandlung von Frauen Einberufener. Aus Charlottenburg kommt die Klage, daß den Frauen Einberufener bei Abhebung der Kriegsunterstützung in der Turnhalle der 5. Gemeindefchule als Barterraum der — Schulhof zur Verfügung gestellt wird, wo die Frauen zu dreien antreten müssen. Frauen behaupten, hier mehrere Stunden zugebracht zu haben, bis sie an der Reihe waren. Das sollte aufhören. Eine Kleinigkeit müßte es sein, ein Klassenzimmer als Barterraum zur Verfügung zu stellen. — Zu der berichteten unziemlichen Behandlung von Frauen auf dem Steueramt am Richardplatz in Neukölln äußert sich der Magistrat dahin, daß viele Frauen sich an einem Tage eingefunden hätten, anstatt am Tage vorher oder nachher zu kommen, wie festgelegt sei. Dadurch sei ein unnötiger Andrang hervorgerufen worden. Die geäußerten Ausstellungen gegen die Frauen werden zum Teil bestritten, zum Teil mit großer Arbeitslast der Beamten entschuldigt. Hoffentlich sorgt der Magistrat durch eine geeignete Kontrolle in Zukunft dafür, daß die Frauen anständiger behandelt werden. Das ist seine Pflicht!

Hilfe durch den Nationalen Frauendienst. Nach Ausbruch des Krieges hat die Stadt Berlin eine Reihe Notregeln getroffen, durch die sie die entstandene Not zu lindern suchte. Dazu gehört auch die Hergabe von Geld an den Nationalen Frauendienst, der die Verteilung von Speisemarken, Brotmarken, Milchmarken, Lebensmittelgutscheinen mitbesorgt. Im Anfang waren diese kleinen Unterstützungen, da sie schnell gegeben werden konnten, die wesentlichste Hilfe für die Hilfssuchenden. Erst allmählich gelangten alle bedürftigen Kriegsteilnehmerfamilien zu ihren Kriegsunterstützungen, und nachher setzte endlich auch die Arbeitslosenfürsorge der Stadt Berlin und der Landesversicherungsanstalt ein. Beide Einrichtungen wirken nun seit Monaten, aber das Bedürfnis zur Verteilung auch der Verteilung von Speisemarken usw. besteht fort. Der Magistrat bittet daher jetzt die Stadtverordneten um die Ermächtigung, für diesen Zweck wöchentlich bis zu 20 000 Mark auszugeben. In der Begründung seines Antrags sagt er, daß bei den Empfängern der Kriegsunterstützung und mehr noch bei den Empfängern der Arbeitslosenunterstützung es viele Fälle gibt, in denen eine Ergänzung durch Lebensmittelpenden dringend nötig ist. Dazu komme eine große Zahl Personen, die keine der beiden Unterstützungen zu beanspruchen haben, aber doch auch durch den Krieg in Not geraten sind. Personen, die aus öffentlichen Armenmitteln unterstützt werden, sind — das heißt die Begründung herbei — von — esen durch den Nationalen Frauendienst verteilten Beihilfen ausgeschlossen. Wie groß in den nächsten Monaten der Bedarf sein wird, läßt sich jetzt ungefähre übersehen. Beim Nationalen Frauendienst war die Wochenziffer der so Unterstützten im Anfang 18812, in der Woche vom 10. bis 23. August. Sie stieg dann rasch bis auf 26 612 in der Woche vom 7. bis 13. September und sank nachher langsam auf etwa den früheren Stand, auf 19 538 in der Woche vom 19. bis 25. Oktober. In der höchstbedrückten Woche wurden für die Beihilfen rund 23 000 Mark aufgewendet, später ermäßigten sich die Kosten auf rund 18 000 Mark pro Woche. Der Magistrat hofft bei Zunahme der Beschäftigung in Handel und Gewerbe auf weitere Abnahme der Hilfsbedürftigkeit, er will sich aber für alle Fälle 20 000 Mark pro Woche bewilligen lassen, um auch auf eine etwaige neue Verschlechterung des Arbeitsmarktes gerüstet zu sein.

Sparfameit an falscher Stelle. Einschränkung der Heizung scheint in den südlichen Badeanstalten angeordnet worden zu sein. Von verschiedenen Seiten gehen uns Klagen zu, daß die Baderinnen frieren; insbesondere in den Anstalten in der Gerichtstraße wie in der Vorkampfbahnstraße. In der Gerichtstraße wird nur noch das kleinere Schwimmbassin, das sonst nur für Frauen bestimmt war, allgemein benutzt. Am Dienstag, als Damen badeten, fehlten die Bäuer und die Baderinnen mußten die kalten Bäder betreten. Diese Sparfameit hat für eine Anzahl Besucher der Anstalten schon manche Nachteile in Gestalt von Erkältungen im Gefolge gehabt. Unter Umständen kann diese Sparfameit der Badeverwaltung sehr teuer zu stehen kommen.

Ausnahmetage für offene Verkaufsstellen. Es wird hiermit erneut zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß gemäß der Bekanntmachung vom 2. Dezember 1913 für den Rest des Jahres 1914 im Ortspolizeibezirk Berlin die Bestimmungen des § 139 o der Gewerbeordnung über die den Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern in offenen Verkaufsstellen und den dazu gehörigen Schreibstuben (Kontoren) und Lagerräumen zu gewährenden Ruhezeiten und Mittagspause für folgende Tage des Jahres 1914 außer Anwendung gesetzt sind:
1. Bei den Blumenhandlungen für den 19. bis 21. November, 23. und 31. Dezember 1914.
2. Bei den Spielwarenhandlungen für den 4. und 5., 7. bis 12., 14. bis 19., 21. bis 23. Dezember 1914.
3. Bei den Buchhandlungen für den 14. bis 19., 21. bis 23. Dezember 1914.

4. Bei allen übrigen offenen Verkaufsstellen für den 17. bis 19., 21. bis 23. Dezember 1914. Abgesehen von dem für alle Sonntage bestehenden Neumarktabschluss dürfen außerdem im Ortspolizeibezirk Berlin im Jahre 1914 alle offenen Verkaufsstellen am 18., 21., 22. und 23. Dezember 1914 für den geschäftlichen Verkehr bis 9 Uhr abends geöffnet sein.

Zu den Akademischen Unterrichtskursen für Arbeiter werden Nachmeldungen in den Kursen selbst entgegengenommen. Die Kurse finden in folgenden Lokalen und an folgenden Tagen in den Abendstunden von 8—10 Uhr statt:
Gipsstr. 23a, Dienstag: Rechnen, Literatur; Freitag: Elementardeutsch, Erdkunde.
Dorotheenstr. 49: Montag: Rechnen; Donnerstag: Elementardeutsch.
Langestr. 31: Dienstag: Elementardeutsch, Erdkunde; Freitag: Rechnen, Literatur.
Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 208—210: Montag: Elementardeutsch, Erdkunde; Donnerstag: Rechnen, Literatur.
Ferner werden Nachmeldungen am Sonnabend, den 14. November, in der Gipsstr. 23a, nahe dem Zentralarbeitsnachweis, abends von 8—10 Uhr entgegengenommen.
Tageskurse werden nicht abgehalten; doch können Arbeitslose an den Abendkursen zur ermäßigten Hörgeldgebühr von 25 Pf. teilnehmen. Der Unterricht im Osten findet vorläufig statt in der Gipsstr. 38, in der Langestr. 31.

Ein tragischer Vorgang hat sich auf dem Gelände des Gefangenenerlogers in Flossen abgepielt. Ein zur Bewachung der Gefangenen abkommandierter Landsturmmann wollte sein Gewehr in Ordnung bringen. Plötzlich krachte ein Schuß, und im nächsten Augenblick brach ein in der Nähe stehender Kamerad mit einem Aufschrei zusammen. Die Kugel war ihm in den Kopf gedrungen und führte den Tod herbei.

Kinderfürsorge in Neukölln. Da in Neukölln Kinderhorte nur in unzureichendem Maße vorhanden sind, so hat sich die Neuköllner Arbeiterkassette veranlaßt gesehen, Einrichtungen zu schaffen, die wenigstens einigen Erlass für das Fehlen bieten sollen. Es ist zunächst der Versuch gemacht worden, die Kinder ein- bis zweimal in der Woche auf einige Nachmittagsstunden zu vereinigen, um ihnen Gelegenheit zu geben, bei Spiel und Arbeit die Zeit zu vertreiben. Das soll erreicht werden durch Veranstaltung von Märchen- und Kinovorstellungen, durch Märchenvorlesungen und Abhaltung von Spiel- und Arbeitsstunden. Eine größere Anzahl von Helfern und Helferinnen hat sich für die Durchführung dieses Zielens zur Verfügung gestellt. Die ersten drei Veranstaltungen haben bereits in der vorigen Woche stattgefunden und zwar eine Märchenvorlesung, eine Spiel- und Arbeitsstunde für Mädchen und eine für Knaben. Die Mädchen beschäftigten sich mit Handarbeiten, die jüngsten speziell mit der Fabrikation von Puppenkleidern. Die Knaben waren dabei Laubsäge- und Schmirgelarbeiten anzufertigen. Für diejenigen, die sich an diesen Arbeiten nicht beteiligen, stehen Unterhaltungsspiele zur Verfügung. In der ersten Woche nahmen 1200 Kinder an diesen Veranstaltungen teil. Da den Kindern eine Beschäftigung nicht gewährt werden kann, so sollen die Veranstaltungen nur 2 bis 2 1/2 Stunden dauern. Die ganze Einrichtung ist zunächst ein Versuch, um die finanziellen Kosten festzustellen.
Vorläufig finden jeden Mittwoch von 5 bis 1 1/2 Uhr Märchen- vorlesungen statt in den Jugendheimen Ideapassage und Rogatstraße 15, außerdem noch der Markt, Hermannstr. 48/49.
An denselben Stellen finden Donnerstags von 4 bis 6 1/2 Uhr die Arbeits- und Spielstunden für Mädchen, und Freitags in der gleichen Zeit und in denselben Räumlichkeiten die Stunden für Knaben statt. Es ist zu wünschen, daß sich recht viel Kinder daran beteiligen.

Ein größerer Brand kam am Montag früh in den Koberwerken der A. E. G. in Oberschöneweide, angeblich durch Uebersehen von Teer, in einem Fabrikationsraum zum Ausbruch. Die Ober- sprece war bis Köpenick und die Wuhleise bis nach Karlshorst usw. von diesem Qualm bedeckt. Die Behren der Orte Ober- und Niederschöneweide, Karlshorst usw. sowie die aus Berlin griffen mit der Fabrikwehr von allen Seiten an. Es gelang durch kräftiges Wassergehen und Sandstreuen, den Brand zu isolieren.

Wer ist der Verstorbene? Das königliche Polizeipräsidium teilt mit: Am 31. Oktober 1914, nachmittags gegen 12 1/2 Uhr, ist an der Ecke Alexander- und Kleine Alexanderstraße ein Mann von einem Strahlenbahnwagen überfahren worden. Der Mann, dessen Persönlichkeit bisher nicht mit Bestimmtheit festgestellt konnte, nannte sich Arbeiter Adolf Breuk oder Breich und ist am 2. November 1914 im Krankenhaus am Friedrichshain verstorben. Der Verunglückte war 35 bis 40 Jahre alt, 1,68 Meter groß, schlank, schlecht genährt, hatte dunkelbraunes, fast schwarzes, kurz- gestochenes Haar, rötlichen, herunterhängenden Schnurrbart, flache, blonde Augenbrauen, längliches Gesicht, hohe Stirne, in der Mitte derselben eine 1 1/2 Zentimeter lange verheilte Narbe, graublau Augen, Eckzähne fehlten, die linke Daumenkuppe war verfrüppelt, anscheinend von einem Schläge herrührend, an dem rechten Oberarm hatte er eine etwa fünfmarkstück große, lang- behaarte Stelle. Bekleidet war der Tote mit braunem Schlafhut ohne Band, grauer Winterjoppe mit tigerfellartigem Futter, grau- wollener Unterjoppe, grauer, dünn gestreifter Hose, blauer Vorabend- unterhose, hellgrauem Vorabendhemd, grauer, kariertter Weste, je einem schwarzen, braunen, rotbraunen und grauen Strumpf, langen, abgetragenen Schafstiefeln. Um aufklärende Nachrichten über die Person des angefallenen Breuk (Breich) ersucht der XII. Kriminalbezirk, Zimmer 349, Haustelefonanschl. Nr. 422, zum Aktenzeichen 3485, IV. 40, 14; auch nimmt jedes Polizeirevier solche entgegen.

Volkskassenabend in Köpenick. Der Volkskassenabend des Vereins der freien Volkskassen findet am Donnerstag, den 12. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Stadttheater Hall, Vorkampfbahn, statt. Redner: Herr Dr. Dege, Violone, Dr. James Simon, Kavaler. Eintrittskarten a 0,10 Mark bei Müller, Vorkampfbahn, F. Becker, Vorkampfbahn, 15, F. Göttem, Grünstr. 16, F. Becker, Göttemer Str. 1, und in den Verkaufsstellen der Konjunktionsgesellschaft sowie an den Abendkassen.

Gewerkschaftliches. Vorsicht beim Abschluß von Arbeitsverträgen! Der Burgfriede wird von den Metallindustriellen in sehr eigenartiger Weise gewahrt. Ihre Vorteile für die Gelben treibt sie dazu, auch jetzt mit allerlei Maßnahmen gegen die organisierten Arbeiter zu wirken. Die Firma Siemens u. Halske in Berlin leistet darin — wie wir schon mitteilen konnten — besonderes. Sie erhält aber darin auch noch besondere Unterstützung durch den Verband der Metallindustriellen selbst. Genannte Firma sucht in vielen

Die bayerische Verlustliste Nr. 45 bringt Verluste des 20. Inf.-Reg. Sempten und des 14. Inf.-Reg. Nürnberg. Die sächsische Verlustliste Nr. 50 enthält Verluste des Brig.-Ers.-Bat. Nr. 89; des Inf.- u. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 101; der Inf.-Regiment Nr. 102, 104, 134, 176; des Inf.-Jäger-Bat. Nr. 13; des Karabiner-Reg. Borna; des Inf.-Reg. Nr. 18 und des Feldart.-Reg. Nr. 32. Die württembergische Verlustliste Nr. 53 bringt Verluste des Brig.-Ers.-Bat. Nr. 54; des Inf.- u. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 120; Inf.-Reg. Nr. 121; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 122; Gren.-Reg. Nr. 123; der Inf.-Regiment Nr. 124, 126, 180; des Landst.-Inf.-Bat. I Stuttgart; Landst.-Inf.-Bat. Leuberg; des Inf.-Reg. Nr. 20; der Erf.-Abt. des Feldart.-Reg. Nr. 13; Feldart.-Reg. Nr. 63; Pion.-Bat. Nr. 13; 1. Landw.-Pion.-Komp. und der 1. Train-Abteilung.

Aus Groß-Berlin. Gänse-Schonzeit.

Die Gattung der lieblichen Protenvögel, deren Geschnatter im alten Rom das Kapitel reißte, hat sich nicht träumen lassen, daß sie im Kriegsjahr 1914 ihren Beruf, den Weg allen Fleisches zu geben, so ziemlich verfehlen werde. Der 10. November, der Martinstag, war vor ein paar Jahrhunderten der Tag der „jüdebratenen Gans“. Wie die heutige deutsche Welt noch immer den Kapfluchen als unbedingte Zugabe der großen kalendermäßigen Jahresfeste beobachtet, mußte früher am Martinstage in jedem deutschen Familienhaushalt oder in der Pratschame eine Gans ihrem unruhlichen Ende entgegenzusehen. Mit den Zeiten, die sich ändern wie die Sitten und die Menschen, ist das anders geworden. Der Martinstag spielt wohl noch hier und da in deutschen Gauen eine volkstümliche Rolle, hat aber im allgemeinen und besonders in der Großstadt seine Bedeutung verloren. Man hat genug andere Feiertage im Jahre und verzichtet gern auf das althergebrachte „Gänsefest“. Die Martinstagsgans hat sich gemauert in die Weihnachtsgans. Nach ihr steht Ende Dezember, wenn der grüne Lammwaid bei uns zu Gaste kommt, noch immer des Plagens Sehnsucht, die leider nur zu oft aus ökonomischen Rücksichten nicht befriedigt werden kann. Zwar erscheinen die lederen Erdbögel mit dem papiergestopften Scherbauch

auswärtigen Städten Arbeitskräfte. Welche Bedingungen sie dabei stellt, geht aus folgender Zuschrift hervor, die ein von auswärts um eine Stelle sich Bewerbender erhielt; ihm wurde geschrieben:

Verband Berliner Metall-Industrieller  
Arbeitsnachweis  
Berlin SO, Buxtehaufer Str. 15.  
Berlin, den ..... 1914.  
Herrn .....

Im Besitze Ihrer an die Firma Siemens u. Halske Wernerwerk gerichteten Bewerbung teilen wir Ihnen mit, daß Sie ebenfalls bei der genannten Firma eingestellt werden können. Wir bemerken jedoch hierzu, daß Ihre Reise nach hier auf eigene Kosten und Gefahr zu erfolgen hat, daß weder wir noch die Firma eine Entschädigung für Zeitverlustris, Fahrauslagen usw. gewähren können, auch dann nicht, wenn von Ihrem Angebot wider Erwarten aus irgendeinem Grunde kein Gebrauch gemacht werden sollte. Selbstverständlich würden wir uns dann bemühen, Sie möglichst bald in einem anderen zu unserem Verbands gehörenden Betriebe unterzubringen. Wir legen noch hinzu, daß die Firma Wert darauf legt, daß Sie dem bei ihr bestehenden Unterstützungsverein beitreten. Ihre eventuelle Einstellung wird jedoch hiervon nicht abhängig gemacht.

Sobald Sie hiermit einverstanden sind, melden Sie sich mit Ihren Papieren und diesem Schreiben in unserem Arbeitsnachweis in der Zeit von 8-3 Uhr. Hochachtungsvoll.

Nicht die Firma Siemens u. Halske antwortet, sondern der Verband Berliner Metallindustrieller. Der Verband Berliner Metallindustrieller hat also nichts gegen die gelben Praktiken der Firma Siemens u. Halske (Siemens u. Halske ist Mitglied des Verbandes Berliner Metallindustrieller) einzuwenden; er bemüht sich im Sinne des Angebotes der Firma für sie. Der Verband der Berliner Metallindustrieller hat also nichts dagegen, daß der Kampf der Unternehmer gegen die organisierten Arbeiter auch in der gegenwärtigen Zeit fortgeführt wird. Es zeigt dies, was es vielfach mit den den Arbeiterorganisationen gegebenen Erklärungen der Unternehmer auf sich hat, in der gegenwärtigen Kriegszeit mit ihnen Hand in Hand gehen zu müssen. Warum der Wink mit dem Jaupfahl in dem Schreiben, wenn die Firma Siemens u. Halske die Einstellung des Arbeiters nicht davon abhängig machen wird, ob der betreffende Arbeiter Mitglied des gelben Werkvereins werden will oder nicht? Und der Verband der Metallindustriellen leistet dazu hilfreiche Hand. Der Arbeiter, der sich an die Firma Siemens u. Halske mit seinem Arbeitsangebot wendet, soll sich nicht bei der Firma, sondern im Arbeitsnachweise des Verbandes Berliner Metallindustrieller, Buxtehaufer Straße, melden.

Angesichts dieser Sachlage werden alle organisierten Arbeiter dringend ersucht, bis auf weiteres Angebote der Firma Siemens u. Halske unberücksichtigt zu lassen. Wer dem Schreiben vertraut und auf eigene Kosten und ohne bestimmtes Versprechen auf Einstellung nach Berlin kommt, befindet sich dem Unternehmerverbände und auch der Firma Siemens u. Halske gegenüber in einer Zwangslage; er muß sich wohl oder übel den gestellten Bedingungen fügen, selbst wenn sie ihm in innerster Seele zuwider sind.

### Berlin und Umgegend.

Die Lage der Bilderrahmenmacher ist jetzt eine etwas bessere als zu Anfang des Krieges. Ein Teil der Rahmenmacher steht wieder in Arbeit. Allerdings wird meist bei verkürzter Arbeitszeit gearbeitet. Westfalen erregte in einer Versammlung der Bilderrahmenmacher das Verhalten der Firma Wolf, Nachfolger Kändler, in der Sanderstraße in Neukölln. Diese Firma hat sofort nach Ausbruch des Krieges sämtliche Arbeiter entlassen, hat dieselben aber später wieder eingestellt unter der Bedingung, daß sie sich Lohnabzüge von 25-35 Proz. gefallen lassen. Zwei jugendlichen Arbeitern, welche laut Kontrakt vom 1. Oktober mit 25 M. pro Woche bezahlt werden sollten, gibt der Unternehmer jetzt nur 15 M. pro Woche, trotzdem müssen diese auch Arbeiten erwachsener Kollegen verrichten. Ebenso speist der Unternehmer die weiblichen Arbeitskräfte ab. Und das alles, obgleich die Firma dem Tarifvertrag unterliegt. Der Obmann der Bilderrahmenmacher teilte in der Versammlung mit, daß in nächster Zeit weitere Verhandlungen mit diesem Unternehmer stattfinden werden. Dann beschäftigte sich die Versammlung mit dem Arbeitsnachweis. Der Inhaber der Firma Goff, Alexandrinenstraße, Herr Levi, benutzte selten den Arbeitsnachweis; er stellt seine Arbeitskräfte fast immer auf Umwegen zu schlechteren Bedingungen als den tariflichen ein. Mit Unkenntnis kann sich dieser Unternehmer nicht entschuldigen, da er zur Zeit des Vertragschlusses und auch jetzt noch eine führende Stellung in der Unternehmervereinnahme einnimmt. Ferner wurde beklagt, daß in einzelnen Werkstätten Ueberstunden verlangt würden. Die Versammlung war der Meinung, daß es unter jetzigen Verhältnissen geradezu ein Verbrechen sei, Ueberstunden zu machen. Es seien genügend Arbeitskräfte vorhanden.

### Deutsches Reich.

#### Zerstörte Gewerkschaftsorganisationen in Ostpreußen.

Während unsere gewerkschaftlichen Organisationen auch in dieser schweren Zeit allgemein in durchaus anerkannter Weise funktionieren, sind sie in jenen Distrikten, die von feindlicher Invasion nicht freiblieben, völlig aufgelöst. Der Vorsitzende des Bauarbeiterverbandes, Fritz Paepelow, hat im Auftrage seiner Organisation das durch den Krieg verwüstete Ostpreußen besucht. Seinem sehr interessanten Bericht, den er im „Grundstein“ veröffentlicht, entnehmen wir hier einen Teil, der sich auf die gewerkschaftlichen Organisationen bezieht. Es heißt dort:

„Und nun unsere Organisation! Wo, wo sind die so kräftig aufstrebenden Zweigvereine geblieben?! Auch sie sind bis auf einige auf der Flucht! Mehr als in jedem anderen Landesteil sind natürlich in Ostpreußen sofort alle gebildeten wehrfähigen Männer eingezogen worden; hat doch der Landsturm den ersten Andrang der Russen abwehren müssen. Von dem am Schlusse des zweiten Quartals gezählten Mitgliedern unseres Verbandes war bis zum 12. September fast die Hälfte eingezogen. Ein großer Teil der nicht eingezogenen Kollegen ist sofort bei Ausbruch des Krieges nach Königsberg und an anderen festen Orten zur Schanzarbeit gegangen, wo sie in ihrer Bewegungsfreiheit ebenso gehalten werden wie die Soldaten, also sich um die Organisation kaum kümmern können. Und der Rest — bis auf wenige Quinder — ist geflüchtet, hierhin und dorthin verstreut. In einigen Orten hatten sich die Kollegen schon wieder gesammelt, und da sie inzwischen hören und sehen konnten, daß der Deutsche Bauarbeiterverband noch lebt und gar nicht daran denkt, seine Tätigkeit einzustellen, werden sie sich wohl auch darauf besinnen, daß sie die Pflicht haben, das begonnene Werk nach Kräften fortzusetzen. Auch hier gibt es viele Trümmer, die nicht einmal durch „Kobane“ während des Krieges in Ordnung gebracht werden können. Da kann erst der Friede die Wunden heilen. Und wie das zerstörte Ostpreußen in seinem Neugeborenen neu erstehen muß, so wird auch gewiß unsere Organisation von neuem starke Wurzeln schlagen und zu einem stattlichen Baum erwachsen müssen. Wie war ja der Wert der Organisation augenscheinlicher als jetzt.“

## Aus Industrie und Handel.

### Wirtschaftliche Lage in Spanien.

Der Handelsvertragsverein sendet uns folgende aus Barcelona kommende Zuschrift:

„Die hiesige Lage wird jeden Tag hoffnungsloser. Die hiesige Industrie muß wegen Mangel an Rohwaren fast vollständig die Arbeit einstellen, wodurch die Zahl der Arbeitslosen allmählich auf 17 000 Mann in Barcelona und Umgebung gestiegen ist. Da die Regierung kein energisches Einschreiten zeigt, steigt die Erregung der Arbeiterklasse derart, daß wir hier von Stunde zu Stunde den Ausbruch einer ersten Revolte befürchten. Wenn es auch immer heißt, daß die Arbeiter Ruhe halten, so lassen die großen Vorkaufsmaßnahmen, welche in allen Stadtteilen getroffen werden, auf die große Gefahr einer Revolte nur zu deutlich schließen.“

In den Provinzen sieht es noch trauriger aus. Auch dort muß die Industrie feiern. Aber das schlimmste ist, daß die großen Fruchtarten wegen des Krieges nicht exportiert werden können. Durch diesen unberechenbaren Schaden gehen in vielen Provinzen bedeutende Fruchtexporthäuser zugrunde und Hunderte von kleineren Häusern dieser Branche werden vernichtet. Es kommt noch dazu, daß aus Frankreich viele Tausende von Arbeitern ohne irgendwelche Mittel nach Spanien zurückkehren müßten. Diese Schwärme der „Repatriados“ ergossen sich über San Sebastian und Barcelona. Die Behörden mußten für diese armen Menschen für Speise, Unterkunft und freie Rückkehr in die Heimat sorgen. Dort angekommen finden die vielen Arbeiter keine Beschäftigung und sind auf die Wohlthätigkeit der Vereine angewiesen. Die Regierung hat gleich öffentliche Arbeiten ausgeschrieben, aber bis jetzt ist wirklich herzlich wenig getan worden! — Hier in Spanien hat ja immer alles viel Zeit.

## Soziales.

### Entschädigung für die Urlaubszeit.

Ist Urlaub vereinbart, wird aber nicht gewährt, so ist die Urlaubszeit bar zu entschädigen. So entschied gestern die Kammer 6 des Gewerbegerichts.

Der Brauereiarbeiter Better war bei der Firma Graterjan u. Co. seit sechs Jahren beschäftigt. Nach dem geltenden Tarif stand ihm unter Fortzahlung des Lohnes ein Urlaub von einer Woche zu. Als der Krieg ausbrach, wurde zunächst im Einverständnis mit der Organisation die weitere Urlaubsgewährung an die bisher nicht beurteilten Arbeiter unterbrochen. Bald regelten sich jedoch die Arbeitsverhältnisse so, daß auch diese Arbeiter ihren Urlaub bekommen konnten und sollten. Der Kläger kam aber nicht in den Genuß seiner Ferien, weil er zum Heeresdienst einberufen wurde. Er verlangte nun, in bar entschädigt zu werden. Die Firma, die im übrigen für die Familien der Kriegsteilnehmer Unterstützungen gewährt, weigerte sich, die in Betracht kommenden 82,50 M. auszugeben, um der prinzipiellen Bedeutung des Falles wegen eine gerichtliche Entscheidung herbeizuführen. In der erwählten tariflichen Bestimmung ist nämlich der Fall einer Vorentscheidung nicht vorgesehen. Die Firma machte geltend, daß es nicht ihr Verschulden sei, wenn der Kläger um seinen Urlaub gekommen ist.

Das Gericht hat sich auf den Standpunkt des Klägers gestellt. Magistratsrat Schulz verfuhr zur Begründung aus: Die Beklagte war nach dem Tarif verpflichtet, Urlaub zu gewähren. Sie wäre von dieser Verpflichtung entbunden gewesen, sofern Unmöglichkeit der Leistung vorlag. Dieser Fall hätte vorgelegen, wenn der Kläger sofort bei Kriegsausbruch einberufen wurde. Die Einberufung erfolgte jedoch erst vierzehn Tagen. Daß die Einberufung zu erwarten stand, war der Firma bekannt. Sie hätte es also so einrichten können, daß der Kläger seinen Urlaub noch vorher erhielt.

## Berichtszeitung.

### Erfinderpach.

Eine Strafsache, die ursprünglich unter dem Gesichtspunkte des Landesverrats verfolgt wurde, schließlich aber zu einer Anklage wegen verbotener Erpressung geführt hat, beschäftigte gestern die 5. Strafkammer des Landgerichts I in einer Tagesitzung.

Der angeklagte 63jährige Unternehmer Wilhelm Rietsch befaßt sich seit Jahren mit eisenbahntechnischen Fragen und hat auf diesem Gebiete auch mehrere Patente erworben. Im Jahre 1913 machte er eine Erfindung, die es verhindern sollte, daß Eisenbahnweichen und -signale durch unbefugtes Stellen des Armes am Signalarm verändert werden können. Er behauptet, daß dies jetzt unter Ausschaltung des Stellwerksbeamten möglich sei und manche Beamte, die bei Unglücksfällen der letzten Zeit für schuldig befunden wurden, zu Unrecht beurteilt worden seien. Der Angeklagte erhielt auf seine Erfindung ein Patent und bot sie dem Eisenbahn-Zentralamt zur Prüfung an, dieses erhob aber gegen die Patenterteilung Einspruch, wurde jedoch mit der Beschwerde abgewiesen. Auch nachdem er eine Verbesserung gleichfalls hatte patentieren lassen, befand das Zentralamt kein Interesse für seine Erfindung, sondern lehnte ein wiederholt beantragtes Nähertraten ab. Im Anschluß an ein vorgekommenes Eisenbahnunglück in der Nähe von Jaderen hatte der Angeklagte inzwischen im „Jaderner Anzeiger“ zur Propaganda für seine Erfindung einen Artikel veröffentlicht, der den Nachweis führen sollte, auf welche Weise es durchaus möglich sei, daß unbefugte oder verbrecherische Hände unter Ausschaltung des Beamten das Signal auf „Halt“ oder „Freie Fahrt“ stellen könnten. Der Angeklagte fühlte sich nun dadurch verletzt, daß das Eisenbahn-Zentralamt seine vom Patentamt anerkannte Erfindung durch nach seiner Ansicht wesentlich unvollere Behauptungen herabgesetzt habe und er richtete deshalb mehrere in gereiztem Tone gehaltene Schreiben an das Zentralamt, in welchen er dem Amte allerlei Vorwürfe macht und Drohungen ausspricht. Er verlangte in einem Schreiben vom 29. Juli, bis zum 5. August die Zustimmung, daß die angeführten unwahren Behauptungen zurückgenommen würden, widrigenfalls er am 5. August mit der Veröffentlichung und massenhaften Verbreitung seines Schreibens und des Artikels des „Jaderner Anzeigers“ vorgehen würde. In einem Schreiben vom 30. Juli verlangte er nochmals Brüfung seiner Erfindung und Aufstellung von Kostenanschlägen; das sei ein gutes Mittel, die unbedingt am 5. August erfolgenden Veröffentlichungen und die in Aussicht genommene Massenerbreitung des erwähnten Artikels zu verhindern. Da dieses Schreiben erst nach der Mobilisierungsbefehl einging, erfolgte die Verhaftung des Angeklagten wegen Landesverrats. Die Eisenbahnbehörde war nämlich der Ansicht, daß die angebrachte Veröffentlichung der Methode, wie jedermann leicht eine falsche Signalstellung herbeiführen könne, in der damaligen kritischen Zeit außerordentlich bedenklich gewesen wäre, da bekannt war, daß eine große Zahl fremdländischer Agenten und Spione in unseren Lande weilt, um unseren Truppenaufmarsch zu stören und da es nicht ausgeschlossen schien, daß diese Leute die vom Angeklagten eingehend geschilderte Möglichkeit, Eisenbahnansätze herbeizuführen, in die Tat umzusetzen versuchen würden. Der Angeklagte ist später in die Bürgschaft eines Reichstagsabgeordneten hin aus der Haft entlassen und schließlich wegen verbotener Erpressung unter Anklage gestellt worden.

Er bestritt mit aller Entschiedenheit, irgendwelche Verleumdungszwecke verfolgt zu haben. Gegen die Vernehmung des Oberbaurats Henken vom Eisenbahn-Zentralamt erhob Rechtsanwalt Dr. Davidsohn Einspruch, da dieser doch zu sehr Partei sei. Das Gericht verzichtete auch auf dieses Sachverständigen-Gutachten. Auf Antrag des Staatsanwalts Walsow wurde während der Erörterung der in Frage kommenden technischen Einzelheiten die Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Staatssicherheit ausgeschlossen. — Nach 5stündiger Verhandlung beantragte der Staatsanwalt wegen verbotener Erpressung 1 Jahr Gefängnis. Das Gericht erkannte wegen verbotener Rötigung auf 2 Monat Gefängnis.

### „Billige“ Kohlen.

Die bei Beginn des Krieges einsetzende Furcht vor späterem Kohlenmangel hatte sich eine Schwindlergesellschaft

zunutze gemacht, gegen welche gestern die 1. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsrats Pauli eine Anklage wegen gemeinschaftlichen Betrugs, Urkundenfälschung, Hausfriedensbruchs und Diebstahls zu verhandeln hatte.

Auf der Anklagebank mußten die Händler bezw. Arbeiter Franz Dannemann, Max Damiß, Max Schaffranke, Max Gachter, Rudolf Schäpe, Emil Jemper, Alois Gippauf, Emil Hartmann und Max Fritsch Platz nehmen. In den Monaten August und September tauchte in Berlin und Charlottenburg eine Betrüglergesellschaft auf, die in folgender Weise arbeitete. Einer der Schwindler schloß an den Wohnungstüren und bot Prekohl zu dem auffällig billigen Preise von 80 Pf. pro 100 Stück an. Er erzählte dabei, daß es sich um einen Rest von einigen tausend Stück handele, der billig verkauft werden müsse, da der Verkäufer zum Militär eingezogen sei. Dieses verlockende Angebot veranlaßte viele Hausfrauen, die einen späteren Kohlenmangel befürchteten, Prekohl zu bestellen. Wenn sie dann später die gelieferten Kohlen nachzählten, so entdeckten sie zu ihrem Schrecken, daß die Schwindler hier Kohlen so geschickt aufgebaut hatten, daß man bei oberflächlicher Bestätigung nicht sehen konnte, daß statt 1500 Kohlen nur 800 geliefert waren. Zu einem anderen Falle hatten die Schwindler statt 2000 nur 1400 geliefert. — Nebenbei wurde in den Wohnungen noch alles mögliche gestohlen.

Nach einer mehrstündigen Verhandlung kam das Gericht zur Beurteilung der Angeklagten zu Gefängnisstrafen, die von neun Monaten bis vier Wochen betragen.

## Kleine Nachrichten.

### Wenn man nicht genug verdienen kann.

Wir lesen in unserem Rostocker Parteiblatt: Auf der nahe Rostock gelegenen Feldmark Klein-Schwach sind am 3. August 600 Quadratruten Korn gemäht worden, welches noch heute in Heden auf dem Acker steht. Natürlich ist es inzwischen verdorben. Hebe, Mäuse usw. haben sich daran gütlich getan — hätte es da nicht lieber Menschen zugute kommen sollen, armen Klein-Schwacher Familien, die den Ernährer im Kriege haben? Der Besizer ist der wohlhabende Müllermeister Hugo Lütz in Rorlegut bei Saage. Er hätte das Korn zu mehreren Malen verkaufen können, aber der gebotene Preis war ihm nicht hoch genug. Nun verdarb es auf dem Felde. . . .

### Aus dem Feldbrief eines Priesters.

Der katholische Religionslehrer (Katechet) und jetzige Feldkurat P. M. in Lurn in Deutschböhmen schrieb an seine Schülerin: „... Am Namenstage des Kaisers (4. Oktober) habe ich Feldmesse gelesen; natürlich mitten auf freiem Felde. Die Soldaten sangen das schöne Lied: „Wohin soll ich mich wenden“. Während der Feldmesse feuerte unsere schwere Artillerie in die Serben hinein, daß bei ihnen die Hände und Füße in der Luft herumflogen. Nach der Messe hielt ich eine kurze Predigt. . . .“

## Parteiveranstaltungen.

**Erster Wahlkreis.** 2. Abteilung: Gemeinamer Jahlabend bei Weismann, Grünstr. 21. Vortrag des Parteisekretärs Genossen Fr. Bartsch. 3. Abteilung bei Schmidt, Am Jarkus 10. Vortrag des Genossen R. Schütte: Othmar Cromwell.

**Charlottenburg.** Die erste Gruppe hält morgen im Lokal „Rohrerapfe“, Spandauer Chaussee, einen Gruppenjahlabend ab, in dem Genosse Kagenstein einen Vortrag hält.

**Wilmerdort.** Donnerstag, den 12. November, abends 8 1/2 Uhr, findet im Kaiser-Wilhelm-Garten in Friedebau, Rheinstr. 65, eine öffentliche Frauenversammlung statt. Genossin Luise Jieg spricht über das Thema: „Wer hilft den Frauen der Arbeiter und der Arbeiterinnen?“

**Landwehr.** Mittwoch, den 11. November, abends 7 1/2 Uhr, bei Stögl, Ede Seuditz- und Kaiser-Wilhelmstraße: Gemeinamer Jahlabend. Die Vorträge ausgabe aus der Bibliothek des Wahlvereins findet jeden Donnerstagabend von 8 bis 9 Uhr im Lokal von Kohl, Anstaltenstraße 37, statt.

**Friedrichshagen.** Am Mittwoch, den 11. November, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Lerche, Friedrichstr. 112, der gemeinsame Jahlabend statt. **Friedrichsdorf bei Petershagen.** Gemeinamer Jahlabend bei Richter am Bahnhof.

**Johannisthal.** Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet erst am 17. November statt.

**Spandau.** Mittwoch, den 11. November, findet in allen Bezirken in den zuständigen Bezirkslokale Jahlabend statt. Die Genossinnen und Genossen wollen wegen Erledigung wichtiger Angelegenheiten vollständig erscheinen.

**Schwabbe.** Der Mittwoch-Jahlabend fällt aus. Dafür findet am Sonnabend, den 14. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, bei Witte eine Wahlvereinsversammlung statt, in der Genosse Groger einen zeitgemäßen Vortrag halten wird.

**Worrensdorf.** Mittwoch, den 11. November, abends 8 Uhr, findet ein gemeinamer Jahlabend bei Breuß, Anstaltenstr. 44, statt. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Dr. Breitfeld: „Pflichten während des Krieges“. Eintritt nur gegen Vorlegung des Mitgliedsbuchs.

Der 3. Vortrag des Genossen Dunder findet heute Dienstag, abends pünktlich 7 1/2 Uhr, bei Denschel, Chaussee 37, statt.

## Frauenveranstaltungen.

**Königsberg.** Jephernid. Busch. Am Dienstag, den 10. November, findet für sämtliche am Orte wohnenden Frauen eine Zusammenkunft in Buq bei Piotrowsky, Bahnhofstr. 6, abends 8 Uhr, statt.

**Ueber Kriegseisen.** Ueber dieses Thema spricht am Freitagabend 8 1/2 Uhr, in den Korona-Sälen, Romanbantenstr. 72, Herr Dr. med. Wolf in einem öffentlichen Vortragabend der Arbeiter-Samariterkolonne. Alle Samaritergenossen sowie Gäste sind freundlich eingeladen.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, IV. Hof rechts, parterre, am Montag bis Freitag von 3 bis 6 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Verzeichnis beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Antrage, denen keine Abonnementsquittung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. **Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.**

**G. S. 14.** Frage I und II. Ja. — Nr. 444. Dazu ist Sachkenntnis erforderlich. Wenden Sie sich an einen Rechtsanwalt oder Drosten. — **G. S. 7.** 144 Prozent. — **G. S. 100.** Damit können wir leider nicht dienen. — **J. S. 100.** Uns nicht bekannt. — **C. S. 99.** Nein. **W. S. 7.** 1. Leider nein. — 2. Sie können sich an das Versicherungsamt und dann beschwerdeführend an das Oberversicherungsamt wenden. — **W. S.** Das Bürgerliche Gesetzbuch ist maßgebend. Das Kind erbt wie ein eheliches Kind. In Ihrem Fall würde die Frau die Hälfte der Rente erben, die sich aus dem Vermögen des Mannes und der Frau zusammensetzt. Die andere Hälfte fällt an die Kinder. — **Knausgebildeter Landknecht.** 1. Das ist möglich, aber unwahrscheinlich. 2. Nein, der Mietvertrag läuft weiter. — **S. P. 55.** 1. und 2. Für die vorstehenden Schulden Ihrer Frau leisten Sie nicht. 3. Sie leben außerhalb der Gütergemeinschaft, wenn Sie nicht einen besonderen Vertrag schließen. Nur hat der Ehemann das Verwaltungs- und Nießbrauchrecht an dem Vermögen der Ehefrau. Wollen Sie dieses aufheben, so müssen Sie einen notariellen oder gerichtlichen Vertrag hierüber schließen. — **H. S. 45.** 1. Wenden Sie sich an den Bezirksvorsteher; leider ist wenig Aussicht auf Erfolg. 2. Ihre Schwiegermutter könnte sich an den Armenvorsteher wenden; aber wir würden nicht dazu raten, da die Betreffende in dem jetzigen Wohnort erst ein halbes Jahr wohnt und die Vermietung an ihren früheren Wohnort veranlagt werden könnte. — **G. S. 100.** Nach unserer Ansicht nein. Wegen Sie beim Magistrat Beschwerde ein. — **W. S. 99.** Ja; Sie müssen auf Befragen Angabe darüber machen. — **S. 62.** Nach einer Krankheit zurückgebliebene Schwäche eines größeren Gelenkes; landsturmfähig. — **D. S.** Erbliche Ruckeln und Schenkelstarre. — **R.** Seit November erhält die Frau statt 9 M. 12 M.; bei der Rentehöhe von 6 M. für das Kind bleibt es. — **R. S. 1.** Die Fingerringe sind wahrscheinlich. Wenn sie erfolgt, ist unmöglich zu bestimmen.